IMT Nuremberg Archives

H – 342

International Court of Justice

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG-DEUTSCHLAND,6,Mai 1946
SITZUNG 10.00 bis 13.00 Uhr

H0342-0002

ZEUGE FUNK -- fortfahrend

DIREKTES VERHOER -- fortsetzend

DURCH DR. SAUTER :

Herr Praesident, ich darf dann mit der Befragung des Angeklagten Dr. Funk fortsetzen.

Wir haben am Samstag die Frage der Ernennung des Angeklagten Funk zum Reichs-Wirtschaftsminister behandelt, und ich komme nunmehr zu seiner Ernennung zum Reichsbank-Praesidenten.

F : Herr Zeuge, im Januar 1939, glaube ich, wurden Sie auch Reichsbank-Praesident als Nachfolger des Herrn Dr. Schacht. Wie kam es zu dieser Betrauftragung ?

A : Ich war von einer Reise zurueckgekommen Mitte Januar 1939, wurde zum Fuehrer bestellt, und fand den Fuehrer in einer ausserordentlichen Erregung. Er erklaerte mir, dass der Reichsfinanz-Minister ihm mitgeteilt habe, dass Schacht die notwendigen Kredite fuer die Finanzierung verweigert habe, und dass infolgedessen das Reich in finanzielle Schwierigkeiten gekommen sei. Der Fuehrer erklaerte in heftiger Erregung, dass Schacht seine Politik sabotiere, dass er sich das nicht weiterhin gefallen lassen werde, wenn die Reichsbank versuche, seine Politik zu stoeren. Die Herrn im Reichsbank-Direktorium seinen komplette Narren, wenn sie glaubten, dass er sich das gefallen lasse. Keine Regierung in der Welt, und kein Regierungschef in der Welt wuerde seine Politik vom Wollen oder Nichtwollen der Notenbank abhaengig machen.

Der Fuehrer erklaerte weiterhin, dass er von nun ab die Bestimmung ueber die Kredite, die die Reichsbank dem Reiche zu gewaehren habe, selbst treffen wurde, nach den Vorschlaegen und Anforderungen des Reichsfinanz-Ministers. Er habe Lammers den Auftrag gegeben, zusammen mit dem Reichsfinanz-Minister eine Verordnung auszuarbeiten, wonach die Stellung, die die Reichsbank aufgrund der

der Versailler Vertragsbestimmungen habe, geaendert wuerde, und wonach die Bestimmung ueber die Kreditwaehrung an das Reich in Zukunft von ihm persoenlich getroffen werden wuerde.
Der Fuehrer sagte weiterhin, dass er mich bitte, die Leitung der Reichsbank zu uebernehmen, worauf ich ihm erwiderte, dass ich seinem Wunsche nachkommen wuerde, dass ich aber zunaechst von ihm eine Bestaetigung dafuer haben muesse, dass die Voraussetzungen fuer die Stabilhaltung der Waehrung weiterhin bestehen blieben. Die hier vertretene Ansicht, und zwar von einem Zeugen vertretene Ansicht, dass durch eine weitere Kreditgewaehrung damals eine Inflation heraufbeschworen werden wurde, ist falsch und voellig unhaltbar. 12 Milliarden Kredite koennen durchaus inflationistisch wirken und 2o Milliarden Kredite brauchen in keiner Weise inflationistisch zu wirken, wenn der Staat die notwendige Autoritaet hat, um Preise und Loehne stabil zu halten, und um die Preisbidlungs- und Bewirtschaftungs-Vorschriften durchzufuehren, und wenn das Volk die notwendige Disziplin haelt, und wenn schliesslich die Geldmittel, die auf Grund einer erweiterten Kreditgewaehrung eine ueberschuessige Kaufkraft darstellen, durch Steuern abschoepft, oder durch Anleihen gebunden werden, so besteht fuer die Waehrung absolut keine Gefahr.
Und es ist Tatsache, dass die deutsche Reichsbank bis zum Zusammenbruch stabil gehalten wurde. Fuer die notwendigen Lebensmittelbeduerfnisse war die Kaufkraft des Geldes in Deutschland gesichert. Allerdings war der Gebrauchswert des Geldes dadurch beschraenkt, dass Gebrauchsgueter nur in geringem Umfang hergestellt werden konnten, weil fast die gesamte Produktion in die Ruestung ging.

F : Herr Dr. Funk sind Sie fertig ?

A : Einen Moment noch bitte. Ich glaube, dass dies eine sehr entscheidende Frage ist.

Es haben auch in anderen Laendern starke Kredithingaben waehrend des Krieges, durchaus keine Inflation hervorgerufen. Die Verschuldung war sowohl in den Vereinigten Staaten, wie in England

H0342-0003

relativ, und zum Teil noch absolut hoeher als in Deutschland; und auch in diesen Laendern hat es eine richtige Geld- und Finanzpolitik verstanden, die alte These zu erschuettern, dass der Krieg unbedingt eine Zerstoerung des Geldwertes herbeifuehren muesse.

Das deutsche Volk hat bis zum Schluss, bis zum furchtbaren Zusammenbruch eine bewundernswerte Disziplin gehalten, und das Geld als eine staatliche Funktion wird solange gelten, und die Waehrung wird solange waehren, solange der Staat die Autoritaet hat, die Waehrung stabil zu halten, die Wirtschaft in Ordnung zu halten, und solange das Volk selbst die notwendige Disziplin uebt.

Es war also durchaus nicht so, dass ich diesen Posten uebernahm in der Erkenntnis, dass Deutschland jetzt in eine Inflation geraet, sondern im Gegenteil, ich war mir bewusst, dass durch die Innehaltung einer entsprechenden Staatspolitik die Waehrung geschuetzt werden konnte, und sie ist geschutzt worden ; aber der grundlegende Unterschied in der Stellung Schacht's und in meiner Stellung bestand darin, dass zu Schachts Zeiten die Reichsbank die Kreditgewaehrung der Notenbank an das Reich bestimmen konnte, waehrend mir diese Bestimmung genommen wurde, die Verantwortung fuer die innere Finanzierung also auf den Finanzminister, beziehungsweise auf den Fuehrer selbst verlagert wurde.

F : Herr Dr. Funk, eine andere Frage. Vielleicht ist es Ihnen trotz Ihres heutigen schlechten Zustandes moeglich, etwas lauter zu sprechen, damit die Damen, die stenographieren muessen, das leichter verstehen. Geben Sie sich Muehe, wir wollen ja die Vernehmung moeglichst abkuerzen.

Herr Zeuge, Sie haben dann zu den Aemtern, die wir bisher besprochen haben, schliesslich noch ein weiteres Amt dazubekommen, auch als Nachfolger von Dr. Schacht, naemlich das des Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft. Vielleicht koennen Sie zu diesem Komplex uns auch Ihre Stellungnahme naeher darlegen, soweit es zum Verstaendnis Ihrer Situation, Ihrer Taetigkeit und Ihrer

H0342 – 0004

H0342-0005

Leistungen notwendig ist ?

A : Dieses war die schwaechste Position von allen, die ich hatte. Sie stand, wie der Reichsmarschall richtig gesagt hat, und wie auch Dr. Lammers bestaetigt hat, sozusagen nur auf dem Papier. Das war auch ein wesentlicher Unterschied in der Stellung, die Schacht hatte, und in der Stellung, die ich hatte. Schacht war zum Generalbevollmaechtigten fuer die Kriegswirtschaft ernannt worden; ich war zum Bevollmaechtigten fuer die Wirtschaft ernannt worden. Nach dem Reichsverteidigungsgesetz von 1938 sollte der Generalbevollmaechtigte fuer die Wirtschaft die zivilen Wirtschaftsressorts in der vorbereitenden Arbeit fuer einen Krieg koordinieren. Nun waren aber inzwischen diese Wirtschaftsressorts dem Beauftragten fuer den Vierjahresplan unterstellt worden, und ich als Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft unterstand ebenfalls den Anweisungen des Beauftragten fuer den Vierjahresplan. Infolgedessen ergaben sich in den Vollmachten und Zustaendigkeiten, wie sie formal festgelegt waren, Unklarheiten und Ueberschneidungen, was dazu fuehrte, dass auf eine Anordnung des Fuehrers bereits wenige Monate nach Kriegsbeginn auch de jure, also auch formell die Vollmachten des Beauftragten fuer die Wirtschaft, des Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft gegenueber den zivilen Wirtschaftsressorts, auf den Beauftragten fuer den Vierjahresplan uebertragen wurden.

F : Wann war das ?

A : Das war im Dezember 1939. Es bleib nur ein formelles Verordnungsrecht, das heisst, ich konnte bei Verordnungen die Unterschrift fuer die fuenf zivilen Wirtschaftsressorts setzen, die nach dem Reichsverteidigungsgesetz dem Generalbevollmaechtigten unterstellt waren, und ich behielt die Vollmachten fuer das Wirtschaftsministerium und die Reichsbank, die ich sowieso hatte.

F : Sie unterstanden aber auch in diesen Funktionen immer wieder dem Bevollmaechtigten fuer den Vierjahresplan?

A : Ja, wie alle zivilen Wirtschaftsressorts auch, nur beim Wirtschaftsministerium selbst war eine engere Verbindung noch vorhanden.

H0342 – 0006

F : Herr Zeuge, im August 1939, also unmittelbar vor Beginn des Polenkrieges, haben Sie in Ihrer Eigenschaft als Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft die zivilen Wirtschaftsressorts zu Besprechungen versammelt. Und darauf bezieht sich das Dokument 3324-PS. Es erscheint mir wichtig, dass Sie auc zu diesem Punkt Stellung nehmen, und zwar unter dem Gesichtspunkt dass anscheinend auf Grund dieser Ihrer Besprechung dann Ihr Brief an Hitler vom 25. August zustande kam. Es ist das ja auch in Ihrem Prialbrief auf Seite 24 erwaehnt. Bitte aeussern Sie sic dazu. ?

A : Unter Schacht war ein Buero fuer den Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft eingerichtet worden und es bestand ein Arbeitsausschuss, der sich aus den Vertretern saemtlicher Wirtschaftsressorts, sowie des Innenministeriums, beziehungsweise des Generalbevollmaechtigten fuer die Verwaltung, des Oberkommandos der Wehrmacht, und vor allem auch des Vierjahresplanes selbst, zusammensetzte.

Als Schacht ausschied, ging die Leitung dieses Ausschusses, dieses Bueros des Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft, auf seinen frueheren Staatssekretaer, Dr. Vosse, ueber, nachdem vorher unter Schacht, Staatsrat Wohlfahrt dieses Buero und diesen Arbeitskreis geleitet hatte. Diese Personen hielten naturgemaess dauernd Beratungen ueber die Massnahmen ab, die fuer eine Kriegsfuehrung auf wirtschaftlichem Gebiet notwendig waren. Und das ist die Einrichtung des Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft, die ich in einer Rede in Wien, die hier vorgebracht worden ist, zitiert habe, die also neben dem Vierjahresplan arbeitete, und in der Hauptsache die Aufgabe hatte, die zivile Wirtschaft ohne Erschuetterungen im Falle eines Krieges in die Kriegswirtschaft hinueberzufuehren, und eine entsprechende Kriegswirtschafts-Verwaltung vorzubereiten.

Als nun im August 1939 der Krieg mit Polen drohte, habe ich die Chefs der zivilen Wirtschaftsressorts zusammengerufen mit den

H0342 - 0007

Vertretern des Vierjahresplanes, und wir haben alsdann in gemeinsamen Beratungen die Massnahmen ausgearbeitet, die notwendig waren, um im Falle eines Krieges die zivile Wirtschaft ohne Erschuetterungen in die Kriegswirtschaft ueberzufuehren.

Das waren die Vorschlage, die ich in meinem Brief an den Fuehrer vom 25. August 1939 erwaehnt habe, also zu einem Zeitpunkt, als die deutschen und die polnischen Heere sich schon im Zustand der vollen Mobilisierung gegenueberstanden. Es war selbstverstaendlich meine Pflicht, alles zu tun, um im Falle eines Kriegs Erschuetterungen auch auf dem zivilen Wirtschaftssektor zu verhindern, und weiterhin war es meine Pflicht als Reichsbankpraesident, den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank soweit als moeglich zu verstaerken. Das war notwendig, schon wegen der allgemeinen politischen Spannung, die damals herrschte, und waere auch notwendig gewesen fuer den Fall, dass es gar nicht zu einem Krieg kam, sondern nur zu wirtschaftlichen Sanktionen, wie man ja auch aus der gespannten aussenpolitischen Lage der damaligen Zeit erwarten musste. Und ebenso war es meine Pflicht als Wirtschaftsminister, alles zu tun, um die Produktion zu verstaerken.

Aber mit den Anforderungen der Wehrmacht auf finanziellem Gebiet habe ich mich nicht beschaeftigt, und mit eigentlichen Ruestungsaufgaben hatte ich gar nichts zu tun, da, wie gesagt, die Leitung sowohl der Friedens- , wie der Kriegswirtschaft inzwischen auf den Beauftragten fuer den Vierjahresplan uebergegangen war.

Dass ich mich von den Arbeiten dieses Ausschusses damals so zurueckgehalten habe, findet seine Erklaerung in folgendem :

Ich selbst glaubte an keinen Krieg. Dasmuss jeder bestaetigen, der in der damaligen Zeit mit mir ueber dieses Thema gesprochen hat. Ich habe in den Monaten vor Kriegsbeginn meine ganze Arbeit konzentriert auf internationale Verhandlungen zur Herbeifuehrung einer besseren internationalen Wirtschaftsordnung und zur Verbesserung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu seinen aus-

H0342 – 0008

laendischen Partnern. Es waren damals Besuche eingeleitet von den englischen Ministern Hudson und Stanley bei mir in Berlin. Ich selbst sollte nach Paris kommen zu Verhandlungen, wo ich im Jahre 1937 einige Kabinett-Mitglieder kennengelernt hatte, als ich eine grosse deutsche Kulturveranstaltung in Paris leitete.

Es musste das Gebiet der kurzfristigen Auslandsverschuldung neu geregelt

H0342 - 0009

werden, die sogenannte Stillhaltung. Ich hatte hierfuer neue Vorschlaege ausgearbeitet, die besonders in England lebhaft begruesst wurden, und es fand im Juni 1939 bei mir in Berlin eine internationale Finanzbesprechung statt, an der erste Vertreter der Bankwelt aus den Vereinigten Staaten, aus England, aus Holland, aus Frankreich, aus Belgien, aus der Schweiz und aus Schweden teilnahm. Diese Besprechnungen fuehrten zu einem alle Teile recht befriedigenden Ergebnis. In derselben Zeit fuehrte ich auch den Austausc oder Umtausch der im Besitz des Auslands befindlichen Reichsbankanteile durch. Auch dieser Umtausch in Goldbank-Aktien wurde in de auslaendischen Bankwelt und Presse allgemein als durchaus fair und befriedigend bezeichnet.

Ich reiste im Juni nach Holland zu Handelsvertragsverhandlungen. In zwischen nahm ich an den ueblichen Monatsbesprechungen der Bank fuer Internationalen Zahlungsausgleich in Basel teil, auch noch Anfang Juli 1939, und ich war trotz der starken politischen Spannung, die damals herrschte, der Ueberzeugung, dass es gelingen wuerde, einen Krieg zu vermeiden, und habe dies auch in allen Gespraechen des In- und Auslandes zum Ausdruck gebracht. Und dies war der Grund, warum ich mich an den Besprechungen und Verhandlungen ueber die Kriegsfinanzierung und die Wirtschaftsgestaltung im Kriege in den damaligen Monaten kaum interessierte.

Ich hatte allerdings der Reichsbank Anweisung gegeben, soweit als moeglich aus verfuegbaren Guthaben der Wirtschaft im Auslande, fue die Reichsbank Goldbestaende zu beschaffen, ueberhaupt den Devisenbestand zu vermehren, aber in den wenigen Monaten meiner Amtstaetigkeit vor dem Kriege war der Erfolg dieser Massnahmen nur gering. Der Goldbestand und der Devisenbestand, wie ich ihn von Schac uebernommen hatte, blieb bis zum Kriege im wesentlichen unveraendert.

Ich habe in meinem Fragebogen an den Reichsbank- Vizepraesidenten Puhl um naehere Ausfuehrungen ueber diese Transaktionen ersucht, da das Reichsbank-Direktorium und der geschaeftsfuehrende Direktor dieses Direktoriums, der ja Puhl damals war, hierueber Bescheid

H0342 - 0010

wissen muesse. Die Antworten auf den Fragebogen sind leider noch nicht eingetroffen.

F. Herr Zeuge, Sie haben diese Ausfuehrungen gebracht, offenbar um zu zeigen, dass Sie trotz der damaligen gespannten politischen Lage ueberhaupt nicht an einen Krieg ernstlich dachten?

F. Nicht bis August 1939.

F. Nun haben wir im Verlauf des jetzigen Verfahrens von einer Reihe von Besprechungen gehoert, die Hitler mit Generaelen und anderen Personen gehalten hat, teils militaerischen, teils politischen Inhalts, lauter Besprechungen, von denen wir heute sagen muessen, dass sie im engsten Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung standen. Bei welchen dieser Besprechungen waren Sie dabei, und was haben Sie aus solchen Besprechungen erfahren ?

A. Ich wurde zu politischen und militaerischen Besprechungen ueberhaupt nicht zugezogen und habe auch an keiner dieser Besprechungen teilgenommen, die hier im Zusammenhang mit der Anklage wegen eines Angriffskrieges erwaehnt worden sind, soweit es sich um Besprechungen beim Fuehrer handelt. Ich bin auch ueber den Inhalt dieser Besprechungen nicht unterrichtet worden. Aber auch bei den Besprechungen beim Reichsmarschall war ich, soweit ich mich erinnere, kaum anwesend, soweit sie dieses Thema betrafen.

Es ist mir hier eine Sitzung vorgehalten worden, die im Oktober 1938 stattgefunden hat.

F. 14. Oktober 1938 ? Und ich darf Ihnen auch die Dokumentnummer sagen: 1301-PS. Also 14. Oktober 1938, Dokument 1301-PS. Ja bitte.

Waren Sie in der Sitzung anwesend ?

A. Nein.

F. Das war die Sitzung - - -?

A. Jawohl, in der nach dem Wortlaut der gegen mich erhobenen Anklage, Goering darauf hingewiesen hat, dass er vom

H0342 - 0011

Fuehrer den Auftrag erhalten habe, die Ruestung abnorm zu steigern. Die Ruestung sei schnellstens zu verfuenffachen.

Der Herr Anklagevertreter hat gemaess Seite 2447 des amtlichen Protokolls erklaert, dass in dieser Besprechung Goering an mich Worte gerichtet hat, die die Worte eines Mannes waren, der bereits im Krieg war. Ich war in diesen Tagen je nicht in Deutschland, sondern in Bulgarien, konnte infolgedessen an dieser Sitzung auch nicht teilnehmen.

DR. SAUTER: Herr Praesident, ich habe zum Beweis dieser Tatsache, dass naemlich der Angeklagte Funk zur Zeit dieser Unterredung bei Goering am 14. Oktober 1938 gar nicht in Deutschland war, im Dokumentenbuch Funk mehrere Urkunden vorgelegt, naemlich Auszuege aus dem "Voelkischen Beobachter". Es sind das im Dokumentenbuch Funk die Nummern 5, 6, 7 und 8. Diese Dokumente habe ich in der Hauptsache deshalb vorgelegt, weil sich daraus ergibt, dass in der Zeit vom 13. Oktober 1938 bis 15. Oktober 1938 Funk tatsaechlich in Sofia in Bulgarien geweilt hat, also in der Goering Sitzung vom 14. Oktober 1938 nicht anwesend sein konnte. Was damals Funk in Bulgarien ueber wirtschaftspolitische Beziehungen gesprochen hat, brauche ich wohl im einzelnen nicht zu verlesen. Ich beziehe mich insbesondere auf seine Rede vom 15. Oktober 1938, Dokumentenbuch Funk Nr. 7, wo der Angeklagte Funk namentlich im ersten Absatz proklamatisch ausgefuehrt hat, dass ihm der Gedanke einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der deutschen Wirtschaft und der suedost-europaeischen Wirtschaft vorschwebte und wie Funk mit aller Entschiedenheit eine einseitige Abhaengigkeit der suedost-europaeischen Staaten, von ihrer Wirtschaft, von der deutschen Wirtschaft abgelenkt war.

Ich bitte also zum Zwecke des Beweises von diesen Urkunden Kenntnis zu nehmen und im Interesse der Zeitersparnis werde ich sie nicht weiter verlesen.

H0342 – 0012

Fr.: Herr Zeuge, unter Nr. PS 3562 hat die Anklagebehoerde ein Dokument vorgelegt ueber eine Besprechung vom 1. Juni 1939. In dieser Sitzung waren Sie selbst nicht anwesend, aber ausweislich der Anwesenheitsliste waren mehrere Vertreter Ihres Ministeriums und auch ein Vertreter der Reichsbank dort. In der Sitzung wurde ueber den voraussichtlichen Finanzbedarf des Reiches im Falle eines Krieges gesprochen und ueber die Produktionsleistungen der deutschen Wirtschaft sowie des Protektorats im Falle eines Krieges.

Auf einer Randbemerkung dieses Protokolls steht denn, das das Protokoll Ihnen zur Kenntnis gebracht werden sollte. Ich bitte, sich ganz kurz dazu zu aeussern, ob das tatsaechlich geschehen ist?

A.: Nein, das ist nicht geschehen. Ich habe das Dokument hier. Wenn ich das Protokoll haette vorgelegt bekommen, haette ich es mit meinem Namenszug W.F. abgezeichnet. Im uebrigen handelt es sich hier um die von mir schon vorhin geschilderten fortlaufenden Gespraeche, wegen der Finanzierung des Krieges und wegen der Massnahmen auf dem zivilen Wirtschaftssektor im Falle eines Krieges. Die entscheidenden Massnahmen wurden hinsichtlich der Finanzierung selbstverstaendlich beim Reichsfinanzminister vorbereitet und ueber all diese Massnahmen ist in der Sitzung des laengeren gesprochen worden, wobei alsdann die Frage der Deckung durch Steuern einen breiten Raum eingenommen hat.

Jedenfalls sind solche Besprechungen in der damaligen Zeit zwischen den Vertretern der einzelnen Ressorts verschiedentlich und laufend gefuehrt worden und sie fanden bei dem Fuehrungsstab des Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft statt. Ich habe hier zufaellig den Namen gefunden, der mir vorhin nicht einfiel, unddas wir diese Institution, dieser Ausschuss, der schon zu Schacht's Zeiten gegruendet

H0342-0013

worden war und spaeter fortgefuehrt wurde.

Fr.: Herr Dr. Funk, Sie haben dann am 30. Maerz 1939 eine proklamatische Rede gehalten vor dem Zentralausschuss der Reichsbank. Ich habe die fuer unseren Prozess wichtigen Stellen dieser Rede dem Dokumentenbuch Funk unter Nr. 9 angefuegt. Ich komme auf diese Rede deshalb zurueck, weil sie kurz nach dem Antritt des Angeklagten in seinem Amt als Reichsbankpraesident vor dem Zentralausschuss gehalten wurde und in mancher Beziehung, die hier eine Rolle spielt, sein Programm als Reichsbankpraesident darstellt.

Herr Dr. Funk, vielleicht koennen Sie, blos mit ein paar kurzen Schlagworten die wesetnlichen Gesichtspunkte dieser Rede wiedergeben, soweit es fuer die Anklage erheblich ist.

A.: Ich glaube nicht, dass ich das brauche. Ich habe vorhin schon kurz erwaehnt, dass ich in jenen Monaten internationale Besprechungen ueber die Notwendigkeit einer Neuordnung der Internationalen Wirschaftsbeziehungen gehabt habe, und auf die Bereitwilligkeit Deutschlands hierbei entscheidend mitzuwirken, ebenfalls hingewiesen habe. Ich glaube also nicht, dass ich aus dieser Rede noch etwas zu verlesen brauche, sie soll nur bekunden, dass ich mich in der damaligen Zeit nicht mit Kriegsvorbereitungen sondern im wesentlichen mit der Herbeifuehrung einer internationalen Wirtschaftsverstaendigung befasst habe, und dass diese meine Arbeit auch im Ausland, insbesondere in England, oeffentliche Anerkennung gefunden hat.

Fr.: Diese Absicht Herr Zeuge, ein guenstiges Vertrauensverhaeltnis zum Ausland, also zu den Wirtschafts- und Finanzkreisen des Auslandes herzustellen, wird wohl auch massgebend gewesen sein, fuer eine evtl. Massnahme, die Sie vorhin bereits angedeutet haben, naemlich dafuer, dass die Verguetungen an die auslaendischen Anteilseigner der

H0342 - 0014

Reichsbank, an die Anteilseigner die, glaube ich, in der Hauptsache in England, Holland und der Schweiz sassen, insbesondere loyaler Weise bewertet und erledigt worden sind.

A: Das habe ich bereits gesagt.

F: Herr Dr.Funk, Sie haben vorhin einen Brief erwaehnt, den Sie an Hitler geschrieben haben. Dieser Brief wuerde mich insofern interessieren, als ich von Ihnen gerne hoeren moechte, warum Sie eigentlich diesen Brief geschrieben haben und warum Sie in diesem Brief von "meinen Vorschlaegen" sprachen, obwohl es sich dabei in der Hauptsache doch um Dinge handelte, die weniger voh Ihnen ausgegangen sind. Vielleicht aeussern Sie sich kurz zu diesem Brief.

A: Der Ton und Inhalt dieses Briefes ist zu erklaeren, aus der Stimmung, die damals ueberall in Deutschland herrschte. Es ist ausserdem ein rein persoenlicher Brief an den Fuehrer. Ich bedankte mich darin fuer seine Gluckwuensche zu meinem Geburtstag. Deshalb ist dieser Brief in einem etwas herzlichen Stil verfasst worden. Wenn ich von "meinen Vorschlaegen" hier gesprochen habe, so ist dies darauf zurueckzufuehren, dass ich selbst einige Zeit vorher den Fuehrer auseinandergesetzt hatte, welche Massnahmen notwendig werden, wenn es zum Krieg kommt und das waren wohl im wesentlichen die Massnahmen, die alsdann auf Grund der Besprechung mit den uebrigen Wirtschaftsressorts zustande gekommen sind und auf die ich in diesem Brief hingewiesen habe. Es ist also nicht ganz korrekt, wenn ich gesagt habe, "meine Vorschlaege", sondern es muesste richtig heissen: "die mit den uebrigen Wirtschaftsressorts ausgearbeiteten Vorschlaege".

F: Herr Dr.Funk, sind Sie fertig ?

A: Nein, ich moechte diesen Brief mit einigen Worten erklaeren, da er offenbar eine der Saeulen der Anklage gegen mich ist. Es war wie gesagt der Zeitpunkt, an dem sich die beiden mobilisierten Heere gegenueberstanden. Es war der Zeitpunkt, an dem das ganze deutsche Volk in Aufregung war, wegen der dauernden Provokationen in Polen und den Missetaten an der deutschen Bevoelkerung in Polen. Ich selbst glaube nicht, dass es zum Krieg kommen wuerde, denn ich war der Meinung, dass es durch diplomatische Verhandlungen gelingen koennte, auch in diesem Falle die Kriegsgefahr zu verhindern und den Krieg zu vermeiden. Nachdem geradezu ins Wunderbarste grenzenden Erfolge des Fuehrers auf aussenpolitischen Gebiet, musste natuerlich jeden echten deutschen Mann das Herz hoeher schlagen, wenn er erwarten konnte, dass nun auch im Osten eine Erfuellung der deutschen Wuensche durchgesetzt werden konnte, d.h. dass meine abgetrennte Heimatprovinz Ostpreussen

H0342 – 0015

wieder mit dem Reich in Verbindung kam, dass die alte deutsche Stadt Danzig wieder zum Reich kam und dass das Korridorproblem geloest wurde. Das deutsche Volk hat in seiner ueberwiegenden Mahrheit - und ich habe nicht geglaubt, dass es wegen dieser Frage zu einem Krieg kommen wuerde. Wir waren vielmehr der Ueberzeugung, dass es England gelingen wuerde, auf Polen einen Druck auszuueben, damit Polen den deutschen Foerderungen wegen Danzig und des Korridors nachkaeme und keinen Krieg heraufbeschwoerte.

Nach den Aussagen, die der Zeuge Gisevius hier gemacht hat, ist es aber nun wohl allen und aller Welt klar geworden, dass England damals nichts getan hat, um auf Polen beschwichtigend und vermittelnd einzuwirken, denn, wenn die englische Regierung erfuhr, dass in Deutschland eine Verschwoerung bestand, an der der Chef des Generalstabes, der Chef des Oberkommandos des Heeres, der Chef der deutschen Ruestung und andere hohe Militaers und Generaele beteiligt waren, und dass im Falle eines Krieges ein Umsturz vorbereitet war, so waere ja die englische Regierung toericht gewesen, wenn sie etwas in Bezug auf die Besaenftigung und Vermittlung Polens getan haette. Die englische Regierung musste nunmehr der Ueberzeugung sein, dass, wenn Hitler zum Krieg schritt, der Putsch kam, der Aufruhr kam, der Umsturz kam und es also erstens keinen Krieg gab und zweitens das verhasste System der Hitlerregierung beseitigt werden konnte. Mehr konnte man nicht verlangen.

F: Herr Dr.Funk, wir wollen hier nicht politisieren, sondern wollen zu unserem Brief vom 25.August 1939, ich darf noch einmal die Nr.699 PS wiederholen, zurueckkehren, der momentan nicht allein interessiert und Ihre Aussage, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dahin zusammenfassen, dass Sie diesen etwas ueberschwenglichen Brief an Hitler seinerzeit deshalb geschrieben haben, weil Sie gehofft haben, Hitler werde es gelingen, Ihre ostpreussische Heimat mit dem Reichsgebiet wieder zu vereinigen und das Korridor-Problem endlich zu loesen, ohne dass es zu einem Krieg kam. Habe ich Sie richtig verstanden ?

A: Jawohl. Aber gleichzeitig fuehle ich mich verpflichtet Ihnen zu versichern, dass von meiner Seite aus alles getan worden ist, um im Falle eines Krieges Friedenswirtschaft in die Kriegswirtschaft ohne Erschuetterungen herbeizufuehren. Es war dies aber das einzige Mal, dass ich ueberhaupt in meiner Stellung als Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft taetig geworden bin in Bezug auf die uebrigen Wirtschafts-Ressorts und dass ich auf meine Stellung exemplisierte in diesem Brief Bezug! Es ist menschlich erklaerlich, weil ich stolz dar-

H0342 - 0016

auf war, dass ich auch einmal etwas in dieser Stellung getan habe, denn jeder Mensch will ja einmal etwas sein.

F: Herr Dr.Funk, wir beschaeftigen uns zur Zeit noch immer mit der Frage, ob Sie von Hitler's Absicht, zum Krieg zu kommen, insbesondere Angriffskrieg zu fuehren und durch solche Angriffskriege Eroberungen zu machen, Kenntnis gehabt haben ?

Nun moechte ich an Sie ein paar Fragen stellen, die Sie der Einfachheit halber ganz kurz mit Ja oder Nein beantworten koennen, weil ich nur wissen will, ob Ihre Kenntnis und Ihre Ahnung sich deckt mit den Angaben einiger Zeugen und einiger Mitangeklagten.

Da hat zum Beispiel der Reichsminister Lammers uns bestaetigt, dass Sie besonders grosse Not immer hatten, wenn Sie irgend einmal zu Hitler kommen wollten, dass Sie gewissermassen nur alle heilige Zeit einmal es ermoeglichen konnten, und dass sogar einmal der Fall vorgekommen ist, dass Sie, ich glaube tagelang bei Lammers im Hauptquartier weilten und immer auf die zugesagte Audienz warteten, sie aber nicht bekommen konnten und unverrichteter Dinge wieder abfahren mussten. Ist das richtig ?

A: Ja, leider.

F: Eine weitere Frage. Wir haben hier einige Dokumente bereits vorgelegt bekommen, wo ausdruecklich steht - ich glaube es ist das Protokoll von Lammers - dass der Reichswirtschaftsminister und einmal auch der Reichsaussenminister gebeten hat, zu irgendwelchen Besprechungen zugelassen zu werden. Dass der Minister Lammers auch dafuer sich einsetzte, dass aber Hitler es abgelehnt hat, dass er ausdruecklich verboten hat, Sie und den Reichsaussenminister Zutritt zu diesen Versammlungen zu gewaehren, obwohl Sie darauf hinwiesen, dass wichtige Angelegenheiten Ihres Ressorts behandelt wurden. Stimmt das ? Das koennen Sie auch mit Ja oder Nein beantworten.

A: Die Sitzung, die Sie erwaehnen, bezog sich auf den Arbeitseinsatz. Ich hatte mit dem Arbeitseinsatz direkt nichts zu tun und der Aussenminister war daran auch nicht stark interessiert, sodass ich annehme, dass aus diesen Gruenden der Fuehrer weder den Aussenminister noch mich zu der Sitzung haben wollte. Der Fuehrer benoetigte mich ja auch nicht, denn ich sagte gestern schon, seine Anweisungen in Bezug auf die Wirtschaftsfuehrung gab er bis zum Jahre 1942 an den Reichsmarschall, als den fuer die Wirtschaftsfuehrung verantwortlichen Mann

H0342 - 0017

und nach dem Jahre 1942 an Speer, weil von da ab, die Ruestung das gesamte Wirtschaftsleben beherrschte und alle wirtschaftlichen Entscheidungen nach dem audruecklichen Befehl des Fuehrers auf die Notwendigkeit der Ruestung abgestellt werden mussten.

F: Der naemliche Minister Dr.Lammers hat bei seiner Vernehmung am 8.April gesagt: Der Fuehrer - ich zitiere woertlich -
"Der Fuehrer hat vielfach Einwendungen gemacht, naemlich gegen Funk. Es waren verschiedene Gruende gegen Funk vorhanden. Er, naemlich Hitler, stand Funk skeptisch gegenueber und wollte ihn nicht haben". Soweit woertlich das Zitat aus der Aussage des Zeugen Dr.Lammers. Haben Sie fuer diese ablehnende Haltung Hitler's Ihnen gegenueber irgendeine Erklaerung ?

A: Nein, nur die sachliche Erklaerung, dass er mich nicht brauchte.

F: Dass er also mit anderen Worten, Besprechungen mit Ihnen fuer ueberfluessig hielt.

A: Ja.

F: Herr Zeuge, im Zusammhang mit dem Kapitel "Angriffskrieg" wuerde mich folgendes interessieren: In der Anklageschrift gegen Sie ist auf Seite 30,34 aufgefuehrt, Seite 34 des deutschen Trial-Briefes, dass Sie sich persoenlich und durch ordnungsgemaess anerkannte Vertreter, also sowohl persoenlich, wie auch durch Vertreter, die Sie anerkannt hatten, sich an den Vorbereitungen beteiligten, die zum Angriffskrieg gegen Sowjet-Russland vorausgingen, und als einziger Beweis ist angefuehrt eine Urkunde 3039 PS - US 146. Aus dieser Urkunde ergebe sich, dass Sie, Herr Angeklagter, Ende April 1941 mit Rosenberg, der fuer die Ostlande verantwortlich war, eine Besprechung ueber die Wirtschaftsfragen gehabt hatten, die sich ergeben wuerden, wenn die Angriffsplaene im Osten zur Ausfuehrung kaemen. Ich bitte also, Herr Dr.Funk, das Datum dieser Besprechung zu beachten: Ende April 1941, kurze Zeit vor Beginn des Krieges gegen Russland, und ich darf zur Stuetzung Ihres Gedaechtnisses darauf hinweisen, dass damals, also vor Beginn des Krieges gegen Russland, Rosenberg bereits zum Beauftragten Hitler's fuer die einheitliche Behandlung der Probleme der Ostgebiete ernannt war.
Ich bitte nun zu dieser Besprechung Stellung zu nehmen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, ob sich daraus ergibt, dass Sie an dem Angriffskrieg gegen Russland oder an dessen Planung und Vorbereitung beteiligt waren, und evtl. wie?

A: Ich wusste nichts von einem Angriffskrieg gegen Russland. Ich war sehr

ueberrascht, als ich durch Lammers die Mitteilung bekam, dass der Fuehrer Rosenberg zum Beauftragten fuer ost-europaeische Fragen ernannt habe. Lammers hat ja hier erklaert, dass er mir diese Mitteilung aus persoenlichen Gruenden zugehen liess, weil er wusste, dass ich an einem Wirtschaftsverkehr mit Russland stark interessiert war. In der Tat war es den beiderseitigen Bemuehungen, sowohl auch von Russland als auch von deutscher Seite gelungen, diesen Handelsverkehr wieder stark auszubauen, nachdem ja in frucheren Zeiten, also vor dem 1.Weltkrieg der deutsche Handel mit Russland der entscheidende Faktor in der deutschen Handelsbilanz war, und mehrere Milliarden Goldmark betrug. Die Russen lieferten, das muss ich hier auch bezeugen, ihr Getreide, ihre Mangan-Erze, ihr Oel prompt, und die deutschen Maschinenlieferungen blieben naturgemaess schon aus dem Grund immer zurueck, weil ja die Maschinen erst hergestellt werden mussten, weil es sich meist um Spezialauftraege, um spezialisierte Maschinen handelte. In wieweit auch Heeresgeraet nach Russland geliefert wurde, weiss ich nicht, denn an diesen Dingen wurde ich nicht beteiligt. Ich war also ueberrascht durch die Ernennung Rosenberg. Rosenberg kam zu einer kurzen Besprechung zu mir und erklaerte mir, dass dieser Auftrag des Fuehrers auch die Behandlung wirtschaftlicher Probleme einbezoege. Daraufhin habe ich Rosenberg den im Wirtschaftsministerium taetigen Ministerial-Direktor Dr.Schlotterer zur Bearbeitung dieser Probleme zur Verfuegung gestellt. Als dann das Ostministerium gegruendet wurde, was ja, soviel ich weiss, erst im Juli der Fall war, uebernahm Dr.Schlotterer mit einigen Mitarbeitern die Leitung der Wirtschaftsabteilung im Ministerium Rosenberg. Gleichzeitig trat dann Schlotterer so viel ich weiss in den Wirtschaftsfuehrungsstab Ost ein. Das war die hier waehrend der Verhandlungen immer wieder genannte Fuehrungs-Organisation des Vierjahresplanes fuer die Behandlung aller wirtschaftlichen Fragen in den besetzten Ostgebieten. Weiter habe ich mit diesen Dingen nichts zu tun gehabt. Ich habe selbstverstaendlich Lammers sowohl wie Rosenberg gefragt, was das zu bedeuten habe. Beide haben mir erklaert, der Fuehrer sei der Meinung, dass ein Krieg mit Russland unvermeidlich werden wuerde. Die Russen haetten an der ganzen Ostfront grosse Verstaerkungen zusammengezogen. Die Besprechungen mit Molotow, an denen ich in keiner Weise beteiligt worden war, seien unbefriedigend verlaufen. Die Russen stellten Ansprueche hinsichtlich des Ostseeraumes, des Balkans und der Dardanellen, die vom Fuehrer nichts befriedigt werden konnten. Jedenfalls kam diese Angelegenheit fuer mich, wie bestimmt fuer das ganze deutsche Volk, voellig ueberraschend und ich bin der Ueberzeugung,

H0342 – 0018

dass ueber diesen Krieg im deutschen Volk eine schwere Erschuetterung entstand.

F: Jedenfalls, Sie haben, wenn ich Sie ...

VORSITZENDER: Als Sie vom Juli sprachen, meinten Sie Juli 1940 ?

DR.SAUTER: Es geht die Uebersetzung nicht durch, hohes Gericht.

VORSITZENDER: Der Zeuge sprach vom Juli. Meinte er Juli 1940?

DR.SAUTER: Es war, so viel ich weiss, Juli 1941.

VORSITZENDER: Sie meinen Juli 1941 ? Das sollte also nach dem Ausbruch des Krieges mit Russland sein. Der Zeuge kann das doch selbst beantworten. Haben Sie Juli 1940 gemeint, Herr Zeuge ?

A: Die Besprechung mit Rosenberg war Ende April oder Anfang Mai 1941 und die Gruendung des Ministeriums Rosenberg war im Juli 1941.

F: Herr Zeuge, ich komme dann zu einem anderen Punkt der Anklage. Es wird Ihnen vorgeworfen, dass Sie als Reichswirtschaftsminister auch strafbare Handlungen begangen haetten, bei der verbrecherischen Verabredung zur Verfolgung der Juden zum Zwecke des Ausschlusses der Juden aus dem Wirtschaftsleben. Es sind das also die Vorgaenge vom November 1938. Nun bitte ich, uns Ihre Taetigkeit nach dieser Richtung hin zu schildern.

A: Ich bitte das Gericht, bei diesem Punkt mir etwas Zeit fuer eine etwas ausfuehrliche Darstellung zu geben. Die naechsten Punkte werden dann um so schneller erledigt werden koennen, aber dies ist der Punkt der Anklage, der mich am schwersten trifft.

Als ich das Wirtschaftsministerium im Februar 1938 uebernommen habe, trat alsbald an mich seitens der Partei, insbesondere seitens Goebbels und Ley, die Forderung heran, die Juden aus der Wirtschaft auszuschliessen, da es unertraeglich sei. So wurde mir gegenueber be-

H0342 – 0019

H0342 - 0020

hauptet, dass noch die Menschen in juedischen Geschaeften kaufen konnten. Die Partei koennte nicht zulassen, dass Parteigenossen in solchen Geschaeften kaufen, auch die Kaeufer einzelner hoher Staatsfunktionaere, insbesondere Ihre Frauen, in solchen Geschaeften haetten bei der Partei Anstoss erregt. Die Betriebsobleute der Arbeitsfront weigerten sich mit den juedischen Betriebsfuehrern zusammen zu arbeiten. Es kam dauernd zu Zusammenstoessen und es gab keine Ruhe, wenn nicht die Massnahmen, die schon hier und da eingeleitet waren, soweit durchgefuehrt werden wuerden, dass allmaehlich die Juden aus der Wirtschaftspolitik ausgeschlossen werden wuerden. Durch das Gesetz der Ordnung zub Nationalen Arbeit, das unter meinen Vorgaengern erlassen worden ist und auch in Vereinbarung mit der Deutschen Arbeitsfront von meinem Vorgaenger durchgefuehrt wurde, waren der Wirtschaft auch politische und parteiliche Funktionen uebertragen worden. Der Betriebsfuehrer war gleichzeitig der Partei verpflichtet und vor allen Dingen auch dem Staat verpflichtet.

Einzelne juedische Betriebsfuehrer hatten sich nun den neuen Massnahmen unmittelbar gefuegt und verkauften ihre Geschaefte und Unternehmungen an Leute und zu Preisen, die uns keineswegs angenehm waren. Ich hatte mit einzelnen juedischen Wirtschaftlern aus den Grossbanken, aus der Grossindustrie und auch aus den Warenhaeusern durch Privat-Abfindungsvertraege ein Ausscheiden aus ihren wirtschaftlichen Positionen herbeigefuehrt. Das gab aber keine Ruhe und wir mussten versuchen, in einer gewissen Zeit und unter bestimmt gesetzlichen Regelungen den juedischen Einfluss in der Wirtschaft zurueckzudraengen und allmaehlich die Juden aus der Wirtschaft hinauszubringen, wobei ich persoenlich immer auf dem Standpunkt stand, dass man erstens dieses Verfahren langsam in gewissen Zeitabstaenden durchfuehren muesste, zweitens den Juden eine angemessene Entschaedigung geben muesste und drittens ihnen gewisse Wirtschaftsinteressen lassen koennte, insbesondere ihre Beteiligung an Wertpapieren, worauf ich auf die so oft hier besprochene Sitzung bei Goering besonders noch hingewiesen habe. In diese Entwicklung hinein platzten nun die furchtbaren Vorgaenge in der Nacht vom 9. auf 10. November 1938,

H0342 - 0021

die von Muenchen ausgingen und die mich persoenlich auf das Schwers trafen. Als ich am Morgen des 10. November in mein Ministerium fuhr, sah ich auf der Strasse, in den Schaufenstern schon die Verwuestungen, und hoerte Naeheres durch meine Beamte im Ministerium. Ich versuchte Goering, Goebbels wohl auch Himmler anzurufen. Sie waren wohl alle unterwegs noch von Muenchen aus. Schliesslich gelang es mir, Goebbels zu erreichen und ich erklaerte ihm, dass dieser Terror ein Affront gegen mich persoenlich sei, dass hierdurch wertvolle und unersetzliche Wirtschaftsgueter zerstoert seien und dass unsere Beziehungen zum Ausland, auf die wir gerade jetzt besonders angewiesen seien dadurch empfindlich gestoert werden wuerden.

A: Goebbels erklaerte mir, dass ich selbst schuld daran sei, dass es soweit gekommen waere. Ich haette die Juden laengst ausschalten muessen aus der Wirtschaft. Der Fuehrer werde dem Reichsmarschall Goering einen Befehl geben, wonach die Juden voellig aus der Wirtschaft ausgeschaltet wuerden und ich wuerde naeheres vom Reichsmarschall erfahren. Dieses Telefongespraech mit Goebbels ist spaeter von ihm selbst bestaetigt worden, das durch Zeugenaussagen erhaertet werden wird.

Am naechsten Tage, am 11. November wurde mir mitgeteilt, dass am 12. eine Sitzung bei Goering stattfinden wuerde, dem Beauftragten fuer den Vierjahresplan, in der das Judenproblem geregelt werden sollte. Der Beauftragte fuer den Vierjahresplan hatte dem Ministerium den Auftrag gegeben, einen Verordnungsentwurf vorzubereiten, als Grundlage fuer die gesetzliche Bestimmung zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft. Am 12. kam es dann zu der hier oft besprochenen Sitzung. Am Vormittag hatte eine Besprechung stattgefunden in der die Gauleiter anwesend waren. Der Reichsmarschall war aufs hoechste erregt, erklaerte, dass er diesen Terror nicht hinnehmen wuerde und, dass er die einzelnen Gauleiter verantwortlich machen werde, fuer das was in ihrem Gau gesehen sei.

Ich war also nach dieser Sitzung verhaeltnismaessig beruhigt. In der Sitzung, deren Protokoll hier verlesen worden ist, riss dann Goebbel alsbald mit seinen Radikalforderungen die Stimmung an sich, die

die Fuehrung an sich, der Reichsmarschall wurde dauernd aergerlicher und hat dann aus dieser voraergerten Stimmung heraus, sich zu den Ausdruck hinreissen lassen, der in dem Protokoll verzeichnet ist. Das Protokoll ist im uebrigen sehr lueckenhaft und unvollstaendig. Nach dieser Sitzung war mir klar, dass nunmehr in der Tat die Juden aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden mussten und, dass, um die Juden vor voelliger Rechtlosigkeit und vor weiterer Vergewaltigung und Auspluenderung zu beschuetzen, gesetzliche Massnahmen statuiert werden mussten.

Ich habe dann genau so, wie der Finanzminister, der Innenminister, der Justizminister usw. Durchfuehrungsverordnungen zu den Grunderlassen, wonach der Uebergang der juedischen Geschaefte, der juedischen Aktien an Treuhaender bestimmt wurde, Die Juden wurden durch 3%ige Schuldschreibungen entschaedigt und ich habe besonders darauf geachtet, dass, soweit das Wirtschaftsministerium hierbei beteiligt war, diese Entscheidung gesetzmaessig und ordnungsmaessig durchgefuehrt wurden und kein neues Unrecht gegenueber den Juden entstand. Von einer Ausrottung der Juden war damals in keiner Weise die Rede, Es wurde allerdings in dieser Sitzung ein Plan kurz eroertert, ei Auswanderung der Juden zu organisieren. An den Massnahmen des Terr und der Gewalt gegen die Juden, bin ich selbst in keiner Weise beteiligt. Ich habe sie auf das tiefste bedauert und schaerfstens abgelehnt. Aber die Durchfuehrungsverordnungen muss te ich erlasse um die Juden vor voelliger Rechtlosigkeit zu schuetzen und die gesetzlichen Bestimmungen, die damals getroffen wurden, ordnungsgemaess durchgefuehrt.

VORSITZENDER: Wir werden jetzt Pause halten.

(Das Gericht vertagt sich fuer 10 Minuten Pause)

DR. SAUTER: (mit dem Verhoer weiterfahrend)

Herr Zeuge, wir sind vor der Pause stehen geblieben, bei Ihrer Taetigkeit hinsichtlich der Verordnung, der Ausschaltung von Juden aus dem Wirtschaftsleben und Sie haben uns zuletzt berichtet ueber das Protokoll, bezueglich der Sitzung Goerings vom 12. November 19 Es ist das die Nr. 1816 PS.

H0342 – 0022

Sie haben bereits erwaehnt, dass das Protokoll ueber diese Sitzung schlecht wiedergegeben und lueckenhaft ist.

Aus dem Protokoll ergibt sich aber, dass Sie oeffentlich in der Sitzung, stark gebremst haben und, dass Sie sich bemuehten fuer die Juden, das Eine oder Andere zu retten. Ich entnehme z.B. dem Protokoll, dass Sie sich waehrend der Sitzung wiederholt dafuer eingesetzt haben, dass die juedischen Geschaefte alsbald wieder geoeffnet werden sollen. Stimmt das?

A: Ja.

Ferner entnehme ich dem Protokoll, dass Sie sich dafuer einsetzten, dass die Juden Ihre Aktien und Anteile behalten sollten. Das ergibt sich aus einer Frage von Ihnen, stimmt das ?

A: Ich habe vorhin schon gesagt, dass ich bis zu dieser Sitzung der Meinung war, dass die Juden Ihre Wertpapiere behalten konnten. Ich habe in der Sitzung zum Ausdruck gebracht, dass es mir neu sei, dass die Juden auch den Wertpapierbesitz hergeben sollten. Sie wurden ja abgefunden in 3%iger Schuldverschreibung des Reiches. Mussten allerdings auch dann ihre Aktien und Wertanteile hergeben. Ich war auch aus dem Grund gegen eine solche Rechnung, weil dann der Staat einen riesigen Aktienbesitz uebernahm und die Verwertung eines solchen Aktienbesitzes, recht schwierig war.

F: Aus dem Protokoll ergibt sich dann auch noch, dass Heydrich sich damals dafuer einsetzte, dass die Juden in Ghettos gebracht werden sollten und Sie erinnern sich , dass die Anklagevertretung diesen Punkt schon einmal muendlich hier erwaehnt hat. Welche Stellung haben damals Sie, Herr Dr. Funk, zu diesem Vorschlag Heydrich's eingenommen?

A: Ich war gegen die Ghettos und zwar aus dem einfachen Grund weil ich mir unter Ghetto etwas Furchtbares vorstellte. Ich kannte kein Ghetto und ich habe gesagt, 3 Millionen Juden unter 70 Millionen Deutschen kann man ja auch ohne Ghettos leben lassen; die Juden muessen natuerlich zusammenruecken, habe ich gesagt und es muesste einer fuer den anderen einstehen; denn das war mir klar und das habe ich gesagt in der Sitzung, dass der einzelne Jude unter

H0342 – 0023

den Lebensbedingungen, die man nunmehr fuer ihn schuf, nicht existieren konnte.

DR. SAUTER: Ich darf in diesem Zusammenhang, Herr Praesident, vielleicht auf zwei eidesstattliche Versicherungen hinweisen, die im Dokumentenbuch Funk unter Nr. 16 und Nr. 3 vorgelegt sind und Sie bitten zu Beweiszwecken von dem ganzen Inhalt dieser eidesstattlichen Versicherungen Notiz zu nehmen. Die eidesstattliche Versicherung Nr. 3, im Dokumentenbuch, Seite 12 des Textes, stammt von der Ehefrau des Angeklagten und wurde zu Beginn des Prozesses von ihr abgegeben, am 5. November 1945.

Aus dieser eidesstattlichen Versicherung, deren wesentlichen Inhalt ich hier kurz wiedergebe, geht hervor, dass zur Zeit der Novemberexzesse von 1938 gegen die Juden, der Angeklagte mit seiner Frau und mit seiner Nichte in Berlin weilte, also nebenbei bemerkt nicht etwa in Muenchen, wo damals die sogenannten alten Kaempfer versammelt waren und wo der Minister Dr. Goebbels ganz ploetzlich und zur allgemeinen Ueberraschung die Parole fuer diese Judenpogrome ausgegeben hat. Die Frau Funk bestaetigt in ihrer eidesstattlichen Versicherung, dass ihr Mann, sobald er von solchen Ausschreitungen Kenntnis erhielt, in groesste Erregung geriet, den Dr. Goebbels telefonisch anrief und ihn fragte: " Sie sind verrueckt geworden, solche Schweinereien zu machen; man muss sich schaemen ein Deutscher zu sein das ganze Ansehen im Ausland geht ja verloren. Ich bemuehe mich Tag und Nacht das Volksgut zu erhalten und Sie werfen es mutwillig aus dem Fenster. Wenn diese Schweinereien nicht sofort aufhoert, werfe ich den ganzen Dreck hin."

So woertlich das Telefongespraech, das damals der Angeklagte von Berlin aus mit Dr. Goebbels gefuehrt hat.

Der weitere Inhalt dieser eidesstattlichen Versicherung bezieht sich auf Fuersprechen, die der Angeklagte fuer einzelne juedische Bekannte eingelegt hat und in aehnlicher Richtung, meine Herren Richter, bewegt sich die eidesstattliche Versicherung des Heinz Kallus, der frueher Ministerialrat im Wirtschaftsministerium unter dem Angeklagten Funk war. Ich habe diese eidesstattliche Versicher-

H0342 – 0024

als Nr. 15 des Dokumentenbuches Funk vorgelegt. Es stammt vom 9. Dezember 1945 und auch dieser Zeuge bestaetigt, dass Funk selbstverstaendlich von diesen Exzessen ausserordentlich ueberrascht war, dass er dann mit den zustaendigen Stellen sofort Verbindung aufgenommen hat, um weitere Ausschreitungen zu verhindern. Diese eidesstattliche Versicherungen bestaetigen also im Grossen und Ganz en die Darstellun die der Angeklagte Funk selber gegeben hat; und im Zusammenhang mit dieser Judenangelegenheit des Angeklagten moechte ich noch auf eine Urkunde, Nr. 3498 PS, ich wiederhole Nr. 3498 PS, zurueckkommen, die auf Seite 19 des Trialbriefes gegen Funk erwaehnt ist.

Es ist das ein Rundschreiben von Funk vom 6. Februar 1939, veroeffentlicht im Ministerialblatt des Reichswirtschaftsministeriums und hier heisst es, ich zitiere woertlich:

"In welchem Masse und Tempo von den Vollmachten des Vierjahresplanes Gebrauch zu machen ist, richtet sich nach den von mir entsprechenden Weisungen des Beauftragten fuer den Vierjahresplan, jeweils zu treffenden Anordnungen."

Schluss des Zitats.

Ich zitiere deshalb, weil auch hier wieder in einer amtlichen Verlautbarung aus der damaligen Zeit der Angeklagte Funk zum Ausdruck gebracht hat, dass erauch auf diesem Gebiet lediglich die Weisungen des Vierjahresplanes auszufuehren und zu befolgen hatte.

F: Stimmt das, Herr Dr. Funk?

A: Ja.

F: Herr Dr. Funk, Sie haben schon vorhin gesagt, dass Sie, nach Ihrer ganzen sonstigen Vergangenheit und Einstellung, grundsaetlichen Einstellung und nach Ihrer ganzen Lebensanschauung den Vorwurf hinsichtlich dieser Judenausschaltung aus dem Wirtschaftsleben als ganz besonders hart empfunden haben und in diesem Zusammenhang moechte ich Ihnen nun vorhalten, dass Sie bei einem Verhoer in Nuernberg am 22. Oktober 1945, dem Sie vernehmenden Offizier gegenueber schliesslich zu weinen angefangen und erklaert haben: "Damals haette ich zuruecktreten sollen, ich bin schuldig."

H0342 – 0025

H0342 - 0026

Das ist auch, wie das Zitat woertlich im Verlaufe der Verhandlung einmal erwaehnt worden ist.

Vielleicht aeussern Sie sich doch darueber, wie Sie zu dieser Bemerkung und zu diesem Zusammenbruch gekommen sind, den ich aus der Protokoll herauslesen zu sollen glaube?

A: Ich kam damals direkt aus dem Krankenhaus hier ins Gefaengni

F: Herr Dr. Funk, eine Frage - -

A: Ich habe vorher nicht gewusst, dass ich angeklagt bin als Mörder und Räuber und ich weiss nicht, als was sonst noch alles.Ich war neun, zehn Wochen krank, kam aus dem Krankenbett nachts heraus und hierher. In diesen Tagen fanden sofort meine Vernehmungen hier statt. Ich muss zugeben, dass der mich vernehmende amerikanische Offizier, Herr Oberst Gurfein mit ausserordentlicher Rücksicht und Schonung meine Vernehmung durchgeführt hat und immer wieder Unterbrechungen gemacht hat, wenn ich nicht mehr folgen konnte. Als mir nun diese Terror- und Gewaltmassnahmen gegen die Juden vorgehalten wurden, da erlitt ich einen seelischen Zusammenbruch, weil mir in diesen Augenblick mit voller Eindringlichkeit zum Bewusstsein kam, dass von hier aus das Verhängnis seinen Weg genommen hatte, bis zu den grauenvollen und entsetzlichen Dingen, die wir hier gehört und von denen ich damals bei meiner Gefangenschaft, zum Teil wenigstens, schon wusste. Ich empfand eine tiefe Scham und eine schwere Schuld vor mir selbst in diesen Augenblick und empfinde sie auch heute genau so. Aber, dass ich die Durchführungsverordnungen zu den Grundverordnungen und Gesetzen erlassen habe, das ist kein Vergehen gegen die Menschlichkeit. Ich habe hier den Willen des Staates meiner inneren Stimme und meinem inneren Pflichtbewusstsein vorangestellt, da ich nun mal dem Staate verpflichtet war. Ich habe mich auch für verpflichtet gehalten nach dem Willen des Führers, der obersten Staatsführung, zumal ja diese Massnahmen gerade zum Schutze der Juden notwendig waren, um sie vor völliger Rechtlosigkeit und vor weiterer Willkür und Gewaltanwendung zu schützen. Sie wurden ja entschädigt und ich habe, und das geht aus dem Rundschreiben hervor, das Sie eben zietiert haben, meiner Beamten strengste Anweisung gegeben, diese gesetzlichen Bestimmungen einwandfrei und gerecht durchzuführen. Es ist schon eine furchtbare Tragik, dass gerade ich in diesen Dingen belastet worden bin. Ich habe, wie gesagt, an diesen Ausschreitungen gegen die Juden keinen Anteil, habe sie von ersten Augenblick an auf das Schärfste missbilligt, bin selbst auf das Schwerste betroffen worden dadurch. Ich habe alles getan, um weiterhin den

H0342 – 0027

H0342 - 0028

Juden,soweit es in meinen Kräften stand, zu helfen. An eine Ausrottung der Juden habe ich nie gedacht damals, bin auch an den Dingen in keiner Weise beteiligt, die sich auf diese Vorgänge beziehen.

F: Herr Dr. Funk, weil Sie gerade davon sprechen, Sie hätten an eine Ausrottung, also an eine Vernichtung der Juden nicht gedacht, möchte ich zurückkommen auf ein bereits früher zitiertes Dokument 3545-PS, das seinerzeit von der Anklagevertretung vorgelegt wurde. Es ist das, wie Sie sich vielleicht erinnern, die Photo-Kopie der Frankfurter-Zeitung vom 17.November 1938, also einer Nummer, die wenige Tage nach den Vorfällen erschienen ist, mit denen wir uns hier eben beschäftigen. In dieser Frankfurter Zeitung ist eine Rede von Ihnen veröffentlicht, die sich mit den gesetzlichen Massnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben befasst und Sie erinnern sich, dass der Anklagevertreter Sie in seiner Rede vom 11.Januar 1946 des Vorwurfes bezichtigte, dass- ich zitiere jetzt wörtlich: "das wirtschaftliche Programm der wirtschaftlichen Verfolgung der Juden nur ein Teil des grossen Programms der Vernichtung gewesen sei," das sich deckt mit einer Wendung in Ihrem Trialbrief, wo auch davon steht, es sei das nur ein Teil, wie es wörtlich heisst, eines grösseren Programms der Ausrottung der Juden.

Nun finde ich in all den Erläuterungen, die aus der damaligen Zeit von Ihnen stammen, nirgends einen Hinweis, dass Sie mit einer Vernichtung, also mit einer Ausrottung der Juden, einverstanden, oder gar diese verlangt hätten. Was sagen Sie zu dieser Auffassung der Staatsanwaltschaft?

A: Ich habe niemals in meinem Leben, weder in Wort, oder in Schrift, eine Ausrottung oder Vernichtung der Juden verlangt, oder mich dahin geäussert, Das ist offenbar hier ein Ausdruck des Herrn Anklagevertreters, der meines Erachtens nur der Phantasie entspringt, der Stimmung, mit der er selbst diese Dinge gleich beurteilt hat. Ich selbst habe mich nicht für die Ausrottung der Juden eingesetzt, und von den schrecklichen Vorgängen, die hier gezeigt worden sind, habe ich nichts gewusst. Ich habe damit auch

H0342 – 0029

nichts zu tun und habe später überhaupt, soweit ich mich erinnern kann, niemals an irgend welchen Massnahmen gegen die Juden mitgewirkt, weil ja diese Dinge nicht mehr in meinen Ressorts behandelt wurden. Bis auf diese gesetzlichen Massnahmen, diese Durchführungsverordnungen, glaube ich nicht, dass ich irgend etwas in meinen Amtsstellen veranlasst habe, was sich weiterhin mit jüdischen Angelegenheiten noch befasste.

F: Ist es richtig, Herr Dr.Funk, dass Sie im Zusammenhang mit dem Vollzug dieser Durchführungsverordnungen, die Sie selbst haben erlassen müssen, sich selber für eine ganze Reihe von Personen eingesetzt haben, die damals unter diesen Verordnungen gelitten haben und die sich an Sie persönlich um Hilfe gewandt haben, und dass Sie das getan haben, um auch auf diese Weise den Vollzug dieser Verordnungen noch weiterhin zu mildern?

A: Ich habe genau darauf geachtet, dass die Verordnungen fair und entsprechend den Gesetzen durchgeführt wurden, allerdings lag die Durchführung dieser Dinge nicht beim Ministerium, sondern beim Regierungspräsidenten, und den von den Gauleitern abhängigen Stellen im Reiche. Es sind vielfach Klagen an mich gekommen wegen der Durchführung der Arisierungen und meine Beamten werden bezeugen, dass ich in jedem Falle eingegriffen habe, wo ich von derartigen Verfehlungen hörte. Ich habe sogar den Referenten dieser Abteilung entlassen, als ich von Unkorrektheiten hörte, ich habe mich später auch von dem Abteilungsleiter getrennt.

F: Warum ?

A: Weil eben diese Unkorrektheiten vorgekommen waren. Wie ich schon vorher zur Bewilligung von Devisen für die Auswanderung vonJuden alles getan habe, was ich tun konnte, so habe ich auch hier bei der Durchführung dieser Gesetze alles getan, was in meinen Kräften stand,um die Dinge für die Juden im Rahmen des Möglichen noch erträglich zu gestalten.

DR.SAUTER: Herr Präsident, diese Frage, wie nämlich Funk sich in der Praxis zum Vollzug der Verordnungen gestellt hat, die er selbst, als Beamter hatte erlassen müssen, diese Frage habe ich

auch in einen von Ihnen genehmigten Fragebogen an den früheren Staatssekretär Landfried behandelt. Dieser Fragebogen ist schon längst zurückgekommen; es hat sich aber herausgestellt, dass durch die Geschäftsstelle ein falscher Fragebogen gesandt war, und die richtige Antwort ist erst am Samstag eingetroffen. Sie ist momentan bei der Übersetzung und ich nehme an, dass diese richtige Antwort, dieses Zeugnis des Staatssekretärs Landfried, im Laufe des Tages noch vorgelegt wird, und dass er dann als Dokument Nr.16 des Ergänzungsbandes eingefügt werden kann; Dokument Nr.16. Ich nehme an, dass Sie nichts dagegen haben, dass ich schon in diesem Zusammenhang die kurze Antwort des Zeugen Landfried hier wiedergebe.

Herr Landfried war seinerzeit von 1939 - 1943 Staatssekretär--

VORSITZENDER: Hat die Anklagevertretung das Dokument gesehen?

DR.SAUTER: Jawohl, die Anklagevertretung hat das Dokument.

MR. DODD: Nein, wir haben es nicht gesehen, wir haben den deutschen Text gesehen und ich lese nicht deutsch, es ist noch nicht übersetzt worden.

VORSITZENDER: Das Dokument kann doch dann vorgelegt werden, wenn die Anklagevertretung es gesehen hat. Haben Sie noch einen anderen Zeugen, oder nicht?

DR.SAUTER: Nein, für dieses Thema nicht.

VORSITZENDER: Nein, nein, haben Sie überhaupt noch andere Zeugen ?

Dr.SAUTER: Einen Zeugen, Dr.Heidler, aber für ein anderes Thema.

VORSITZENDER: Aber ich nehme an, dass der Angeklagte ins Kreuzverhör genommen wird,

DR.SAUTER: Entschuldigen Sie bitte.

VORSITZENDER: Wahrscheinlich wird der Angeklagte im Kreuzverhör vernommen.

DR.SAUTER: Ja.

VORSITZENDER: Dann kann das Dokument in der Zwischenzeit übersetzt werden.

H0342 - 0030

H0342 - 0031

DR.SAUTER: Ja, Herr Präsident, wenn Sie wünschen, dann muss ich eben später dieses Dokument eigens vortragen.

VORSITZENDER: Jawohl.

Verhör durch DR.SAUTER:

F: Herr Dr.Funk, ich komme nun zu einem Vorwurf, der meines Wissens im Trialbrief gegen Sie noch nicht erhoben ist, nämlich zum Problem der besetzten Gebiete, also zur Frage der Ausplünderung der besetzten Gebiete, Besatzungskosten, Clearing-System, Währungs-Stabilisierung und dergleichen. Die Anklage behauptet, Sie seien aktiv an dem Programm für die kriminelle Ausplündung der besetzten Gebiete beteiligt gewesen. Das ist schon auf Seite 1 in der Sitzung des Gerichts vom 11.Januar 1946 erwähnt. Näher ist dieser Vorwurf nicht spezifiziert, aber in der Sitzung vom 21.Februar, Seite 477o des deutschen stenographischen Protokolls ist lediglich auf einen Erlass des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete hingewiesen, des Angeklagten Rosenberg. Dieser Erlass ist von der Anklagevertretung im Prozess unter Dokumenten Nr. 1o15-PS eingeführt worden und stellt die Abschrift eines Erlasses des Ostministers Rosenberg an die Reichskommissare in den besetzten Ostgebieten dar.

H0342 - 0032

Der Erlass gibt diesen Reichskommissaren die Aufgaben des mehrfach erwaehnten Einsatzstabes Rosenberg zur Sicherstellung von Kulturguetern. An sich darf ich wohl annehmen, sind derartige Kulturgueter das Reichswirtschaftsministerium nichts angegangen. Merkwuerdigerweise ergibt sich nun aber aus diesem Schreiben Rosenberg's vom 7. April 1942, dass dieses Schreiben nicht nur an verschiedene andere Dienststellen verschickt wurde, sondern auch an Sie, das heisst, an das Reichswirtschaftsministerium. Und aus dieser Tatsache und anscheinend nur aus dieser Tatsache, hat nun der sowjetrussische Anklagevertreter gegen Sie den Vorwurf abgeleitet, Sie haetten sich aktiv an der Auspluenderung der besetzten Gebiete beteiligt. Ich musste Ihnen den Zusammenhang so ausfuehrlich schildern, damit man weiss, um was es sich handelt. Ich bitte vielleicht ganz kurz dazu Stellung zu nehmen?

A: Ich habe bis zu diesem Prozess ueberhaupt nicht gewusst, was der Einsatzstab Rosenberg ist, was er tut, was er fuer Aufgaben hat. Mir ist nicht bewusst, dass das Wirtschaftsministerium mit diesen Dingen, also mit der Sicherstellung der Kulturgueter, ueberhaupt etwas zu tun gehabt hat. Ich kann dazu gar nichts sagen.

F: Sie koennen sonst gar nichts dazu sagen?

A: Zu diesem Punkt, zum Einsatzstab Rosenberg nicht. Zu der Politik der besetzten Gebiete kann ich sehr viel sagen,--

F: Das interessiert hier nicht.

A: Aber das werden Sie wahrscheinlich noch spaeter wollen.

F: Ich habe dann, Herr Dr. Funk in dem Fragebogen an den Herrn Dr. Landfried, den ich vorhin erwaehnt habe, 5 oder 6 Fragen wegen der Einstellung von Ihrer Seite zur Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten gefragt. Dann habe ich Fragen an ihn gestellt darueber, ob Sie Anweisungen an die Militaerbefehlshaber, beziehungsweise an die Reichskommissare fuer die besetzten Gebiete, sowie an die Chefs der Zivilverwaltung in Elsass-Lothringen etc. gegeben haben, ferner habe ich gefragt, ob es richtig ist, dass auch fuer die besetzten Gebiete die wirtschaftlichen Anweisungen nicht von Ihnen als Reichswirtschaftsminister gegeben wurden, sondern vom Beauftragten fuer den Vierjahresplan, ferner habe ich Fragen gestellt ueber Ihre Einstellung zur Frage der Auspluenderung der besetzten Gebiete, namentlich im Westen "Schwarzer Markt", Valuten-Herabsetzung, und dergleichen. Ich kann

H0342 - 0033

nun, Herr Dr. Funk, die Aussagen des Zeugen Landfried momentan noch nicht verlesen, und zwar deshalb nicht, weil durch ein Versehen der Geschaeftsstelle die Aussage des Zeugen Landfried erst am Samstag gekommen ist. Wollen Sie jetzt, nachdem zur Zeit Ihre persoenliche Vernehmung im Gange ist, zu diesen Fragen noch etwas beifuegen, oder wollen Sie hier nur auf das Bezug nehmen, was ich dann nach dem Eintreffen der Uebersetzung verlesen kann. Ich frage das deshalb, weil das praktisch momentan die letzte Gelegenheit fuer Sie ist, zu diesen Kapiteln Stellung zu nehmen?

A: Zu verschiedenen Fragen will ich hier Stellung nehmen. Aber ueber die Einzelheiten dieser Probleme, vermoegen natuerlich die Staatssekretaere besser Auskunft zu geben, als ich.

Hinsichtlich der Anweisungen an die besetzten Gebiete ist hier sowohl vom Reichsmarschall, wie vom Reichsminister Dr. Lammers festgestellt worden, dass ich, als Reichswirtschaftsminister keinerlei Anweisungsbefugnis hatte. Der Reichsmarschall hat hier in seiner Vernehmung erklaert, das habe ich mir aufgeschrieben: "Die Anweisungen und die Wirtschaftspolitik, die der Wirtschaftsminister Funk und der Reichsbankpraesident Funk ausfuehrte, treffen voll und ganz verantwortlich ausschliesslich mich." Und hinsichtlich der besetzten Gebiete hat er ebenfalls gesagt, dass, wenn ich Spezial-Anordnungen im praktischen Geschaeftsverkehr zwischen dem Ministerium und den Lenkungsstellen in den besetzten Gebieten gab, kamen diese aus den generellen Anweisungen des Reichsmarschalls, die immer auf seine -wie er woertlich gesagt hat- persoenliche Verantwortlichkeit fussen.

Die Dinge lagen so, dass an die besetzten Gebiet auf wirtschaftlichem Gebiet Anweisungen nur der Beauftragte fuer den Vierjahresplan geben konnte. Die Durchfuehrung der Wirtschaftspolitik lag bei den Militaerbefehlshabern, aber bei den Reichskommissaren, die direkt dem Fuehrer unterstanden. Sowohl bei den Militaerbefehlshabern, wie bei den Reichskommissaren waren nun Beamte der verschiedensten Ressorts, darunter auch naturgemaess das Wirtschaftsministerium und die Reichsbank. Es waren auch Leute aus der privaten Wirtschaft in diesen Stellen taetig, und hier fand nun natuerlich eine enge Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Militaerbevollmaechtigten und der Reichskommissare und den Ressorts in dem Heimatstab, mit Ausnahme der in Russland besetzten Gebiete, wo die Reichs-

H0342 – 0034

kommissare ja einen besonderen Minister, naemlich dem Reichsminister fuer die besetzten Ostgebiete, unterstanden. Hier war also eine besondere Regelung, aber wenn wir von den Militaerbefehlshabern oder Reichskommissaren als Ministerium etwas haben wollten, so mussten wir darum bitten, oder wir mussten eine Anweisung des Beauftragten fuer den Vierjahresplan haben.

Dasselbe gilt auch von den Chefs der Zivilverwaltung in Elsass-Lothringen und in anderen Gebieten, wo solche waren. Hier hatten die Ressorts, die vielfachen Ressorts des Reichswirtschaftsministeriums und die Reichsbank keine direkte Anweisungsbefugnis, aber ich betone noch einmal, dass selbstverstaendlich ein enger geschaeftlicher Dienstverkehr zwischen diesen Lenkungsstellen in den besetzten Gebieten und den Ressorts in den Heimat-Gebieten bestand.

Ich selbst habe, das werden Zeugenaussagen bestaetigen, in den Fragebogen, die noch ausstehen, oder auch sonst, mir die groesste Muehe gegeben, die besetzten Gebiete vor einer Auspluenderung zu schuetzen. Ich habe geradezu einen verzweifelten Kampf die ganzen Jahre hindurch fuer die Aufrechterhaltung einer stabilen Waehrung in diesen Gebieten gefuehrt, denn es wurde immer wieder bei mir beantragt die Wechselkurse in den besetzten Laendern herunterzusetzen, damit von Deutscher Seite leichter und billiger in diesen Laendern gekauft werden koenne. Ich habe alles nur Erdenkliche getan, um die wirtschaftliche Ordnung in diesen Gebieten aufrechtzuerhalten. Ich habe in einem Fall in Daenemark gegen alle Ressorts sogar eine Aufwertung der Daenischen Kronen durchgesetzt, weil die daenische Nationalbank und die daenische Regierung aus berechtigten Gruenden dies erbaten.

Ich habe mich gegen die Erhoehung der Besatzungskosten in Frankreich, sowohl im Jahre 1942, wie auch im Jahre 1944 gewandt. Die Denkschrift der Reichsbank, die ich veranlasst hatte, ist hier von dem amerikanischen Generalstaatsanwalt zitiert worden.

Fuer die Festsetzung der Besatzungskosten war nicht der Wirtschaftsminister und die Reichsbank, sondern der Finanzminister, der Generalquartiermeister, das ist, die hoechste Stelle der Wehrmacht; und bezueglich Frankreich, Daenemark und anderen Laendern, auch der Aussenminister.

Ich habe also, was ich nur tun konnte, was in meinen Kraeften lag, getan, um die Wirtschaft der besetzten Gebiete in Ordnung zu halten. Ich habe beim Reichsmarschall schliesslich erreicht, dass er einen Erlass herausgab, wonach saemtlichen Dienststellen verboten wuerde, auf dem "Schwarzen Markt" zu kaufen; nachdem aller-

dings vorher auf diesem Gebiete schon viel gesuendigt worden ist. In diesem Zusammenhang muss ich auch darauf hinweisen, dass zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den besetzten Gebieten notwendig war, das soziale Leben dort nicht zu stoeren, und dass ich deshalb auch grundsaetzlich immer gegen den zwangsweisen, oder zu starken Abschub von auslaendischen Arbeitskraeften aus den besetzten Gebieten nach Deutschland gewesen bin.

In einer hier zitierten Sitzung bei Lammers, habe ich auch das zum Ausdruck gebracht. Das werden meine Staatssekretaere auch bezeugen koennen. Auf der anderen Seite war mir natuerlich klar, dass Sauckel in einer furchtbar schwierigen, ja in einer Zwangslage war, da immer wieder von ihm Arbeitskraefte fuer die deutsche Wirtschaft verlangt wurden. Aber ich selbst hatte, insbesondere, nachdem ich auch die gesamte zivile Produktion an Speer abgegeben hatte und mit zentraler Planung eingetreten war, nicht nur kein Interesse mehr daran, dienstlich gesehen, dass Arbeiter nach Deutschland kamen aus dem Auslande, sondern ich hatte im Gegenteil ein sehr starkes Interesse daran, dass die Arbeiter in den besetzten Gebieten verblieben, weil ja die Verbrauchsgueterproduktion weiterhin in diese Gebiete verlagert worden war und ich hatte aus diesem Grunde, als der Minister, der die Versorgung der Bevoelkerung mit Verbrauchsguetern sicherzustellen hatte, ein Interess daran, dass in den besetzten Gebieten ordnungsmaessig gearbeitet wurde, keine wirtschaftlichen und sozialen Stoerungen auftraten. Ich glaube aber, dass es zweckmaessig ist, dass meine beiden Staatssekretaere und der Vizepraesident der Reichsbank, der geschaeftsfuehrende Direktor der Reichsbank, Puhl, sich im einzelnen zu diesem Problem aeussern, die ja in der Durchfuehrung viel staerker beteiligt waren, als ich. Wenn mir nun zum Vorwurf gemacht wird, dass wir mit Hilfe des Clearing die auslaendischen Laender und die besetzten Gebiete auspluenderten, so muss ich hierzu sagen, dass der Clearing-Verkehr ja nicht erst von uns eingefuehrt wurde, im Verkehr mit den besetzten Gebieten oder auch im Kriege, sondern dass dies der normale Handelsverkehr zwischen Deutschland und seinen Handelspartnern war, ein System, das uns aufgezwungen wurde und, worauf Schacht schon hingewiesen hat, auslaendische Laender dazu uebergingen, die Erloese aus den deutschen

H0342 – 0035

H0342 - 0036

Exporten, fuer die Bezahlung und Amortisation der deutschen Schulden zu verwenden. Ich habe zu jeder Zeit immer wieder betont, dass die Clearingschulden echte Warenschulden sind und hierauf kommt es an. Ich habe immer wieder gesagt, diese Clearingschuld ist eine echte Warenschuld Deutschlands und sie wird zurueckgezahlt zu den Kursen zu der Kaufkraft, die gueltig war, als wir diese Schuldverpflichtung eingegangen waren. Das habe ich insbesondere in meinen letzten Reden in Wien, im Maerz 1944 und in Koenigsberg, im Juli 1944, ausfuehrlich und in aller Deutlichke ausgefuehrt, und ich habe darueber hinaus im Juli, hinsichtlich der Clearingschulden Vorschlag gemacht, nach dem Krieg diese Schuld in eine Art europaeische Anleihe umzuwandeln, damit sie nicht auf den engen Raum eines delateralen Warenverkehrs begrenzt bliebe, sondern effektiv kommerzialisiert wurde. Woraus in aller Deutlichkeit hervorgeht, dass ich diese Clearingschuld als echte Warenschuld Deutschlands jederzeit anerkannt habe, dass also die Laender der besetzten Gebiete, die solche Forde ungen an Deutschland hatten, schon im Kriege befriedigt werden konnten und mussten und zwar, wie ich immer wieder betone, zu den Wertverhaeltnissen, zu den Wertrelationen, die gueltig waren, als die Schuld eingegangen war. Wenn natuerlich in Friedensvertraegen Laender Kriegsentschaedigungen haetten zahlen muessen, wenn so etwas in Frage gekommen waere, so haetten ja diese Kriegsentschaedigungen auch nur in Waren, vernuenftigerweise, bezahlt werden koennen und dann haette man, ebenso vernuenftigerweise, selbstverstaendlich eine gewisse Abrechnung zwischen den deutschen Schulden und den deutschen Forderungen vornehmen koennen. Aber ich habe nie in Zweifel gelassen, dass Clearingschuld eine echte Warenschuld ist.

Deshalb muss ich den Vorwurf zurueckweisen, dass mit Hilfe des Clearing eine Ausplunderung der besetzten Gebiete eingetreten ist. Auch muss ich den Vorwurf zurueckweisen, dass ich mitschuldig daran bin, dass die besetzten Laender mit unertraeglichen Geldlasten, besonders mit Besatzungskosten und sonstigen Geldauslagen, belegt wurden. Ich bin nachweislich immer wieder gegen eine zu hohe Geldbelastung der besetzten Gebiete aufgetreten und werden hier ja die Zeugen, die darueber aussagen werden, noch bekunden.

Dr. Sauter: Herr Praesident. Der Angeklagte hat vorhin auf zwei Reden Bezug genommen, die er in Wien und in Koenigsberg gehalten hat. Es sind das zwei Reden, die sich zum Teil mit dem Thema der Behandlung der Clearingschulden befassten, zum anderen Teil das Lieblingsthema des Angeklagten Dr. Funk behandelten, naemlich eine europaeische Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Deutschland und seinen Nachbarstaa-

H0342 - 0037

ten und zwar eine Wirtschaftsgemeinschaft, auf der Grundlage voller Gleichberechtigung herzustellen.

Im Interesse der Zeitersparnis darf ich vielleicht bitten, von diesen Reden, deren wesentlichen Inhalt teils von dem Angeklagten, teils von mir selbst jetzt bezeichnet wurden, zur Beweisfeststellung Kenntnis zu nehmen.

Es ist das die Rede des Angeklagten in Wien, vom 10. Maerz 1944, mein Dokumentenbuch Nr. 10 und seine Rede in Koenigsberg, anlaesslich des 400-jaehrigen Jubilaeums der dortigen Universitaet, in seiner Heimat, vom 7. Juli 1944, mein Dokumentenbuch Nr. 11.

Mr. Dodd: Herr Vorsitzender, wenn dieses Dokument Nr. 11 vom Angeklagten angeboten wird, um die Politik des Angeklagten in den besetzten Gebieten zu zeigen, so halte ich es fuer angebracht, darauf hinzuweisen, dass die Rede sich nicht auf die besetzten Gebiete, sondern auf die Vasallenstaaten Deutschlands bezieht.

Dr. Sauter: Ich verweise dann weiter auf ein Dokument 3819-PS, das auch von der Staatsanwaltschaft bereits eingefuehrt worden ist. Es ist das Protokoll, das der Angeklagte vorhin erwaehnt hat, ueber eine Sitzung bei Minister Lammers, vom 11. Juli 1944. Bei dieser Sitzung war, ausweislich des Protokolls, der Angeklagte Funk anwesend und er ist nur mit einem Satz erwaehnt. Es heisst naemlich hier woertlich Ich zitiere auf Seite 8 unten:

"Reichsminister Funk erwartet von ruecksichtslosen Razzien erhebliche Stoerungen der Produktion in den ausserdeutschen Gebieten."

Dieser Satz, wenn er aus dem Zusammenhang gerissen ist, wird schwer verstaendlich, aber wenn man den Zusammenhang beruecksichtigt, dann erzieht man, dass damit der Angeklagte Fundk warnen wollte, gewaltsam vorzugehen, bei der Erfassung auslaendischer Arbeitskraefte fuer die deutsche Produktion und fuer die deutsche Ruestung. Er warnte vor einem gewaltsamen Vorgehen, vor Razzien, wie es im Protokoll heisst, weil dadurch, nach seiner Auffassung, die Produktion in den besetzten Gebieten gestoert worden ware.

Und dann, Herr Praesident, darf ich noch auf eine Urkunde verweisen. Es ist das das Dokument 2149-PS und es enthaelt dies:

"Eine gutaxhtliche Aeusserung der Reichsbank vom 7. Dezember 1942 zu der Frage, ob die franzoesischen Besatzungskosten erhoeht werden sollen oder nicht."

Ich darf voraussetzeb, die Besatzungskosten Frankreichs sind dann ererhoeht worden aber nicht auf Vorschlag des Angeklagten Funk und nicht unter seiner Bewilligung,

H0342 - 0038

sondern trotz seines Widerspruches. Und dieses Gutachten, auf das der Angeklagte Funk sich vorhin berufen hat und das ich eben auch zitierte - es stammt vom 11. September 1942 - gibt auch im einzelnen die Gruende an, warum sich Funk und seine Reichsbank gegen eine Erhoehung der Besatzungskosten ausgesprochen hat.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht auch noch den Angeklagten Fragen, Herr Dr. Funk, wegen der Besatzungskosten Griechenlands.

F: Haben Sie die Ausfuehrungen des Zeugen, Dr. Neubacher, gehoert der als Gesandter in Rumaenien und in Griechenland taetig war und der bestaetigt hat, dass auch dort Sie sich bemueht haben um die Herabsetzung der Besatzungskosten ?

Vorsitzender: Brauchen Sie noch laenger ?

Dr. Sauter: Ja, ich glaube, es wird besser sein, Herr Praesident, Sie vertagen jetzt. Ich glaube, dass ich noch einige Fragen zu stellen habe.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 14.00 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

H0342 – 0039

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 6. MAI 1946.
SITZUNG 14.00 bis 16.30 UHR.

WALTHER FUNK - - fortfahrend

DIREKTES VERHOER - - fortsetzend.

VORSITZENDER: Das Gericht wird sich heute nachmittag um 4.30 vertagen.

DURCH DR. SAUTER: Herr Zeuge, ich moechte noch einmal auf die Frage der so genannten Auspluenderung der besetzten Gebiete zurueckkommen. Sie als Reichswirtschaftsminister, der Sie damals waren, koennen uns sicherlich darueber Auskunft geben, wie nach Ihrer Auffassung und Wahrnehmung die Leistung der besetzten Gebiete fuer die Kriegsfuehrung Deutschlands gewesen ist?

ZEUGE FUNK: Die Leistungen der besetzten Gebiete fuer die gemeinsame Kriegsfuehrung waren ohne Zweifel sehr bedeutend. Ich habe die besetzten Gebiete mit der deutschen Wirtschaft gemeinsam stets als eine gemeinsame Kriegsleistungsgemeinschaft, also fuer die Kriegsfuehrung zur Herstellung einer neuen europaeischen Ordnung betrachtet. Und es waren auch in den besetzten Gebieten vielfach dieselben Wirtschaftsgrundsaetze in Geltung wie in Deutschland auch. Ich habe mir nur einmal im Jahre 1944 Berechnungen anstellen lassen, wie viel die besetzten Gebiete in den 3 Jahren 1941, 1942 und 1943 an Produktionswerten fuer die Kriegsfuehrung geschaffen haben und bin hierbei zu einer Zahl von 90 Milliarden Reichsmark gekommen; eine gewisslich ausserordentlich hohe Zahl, wobei man allerdings beruecksichtigen muss, dass die Valuten der einzelnen Laender auf Reichsmark umgerechnet wurden, also die verringerte Kaufkraft der einzelnen Waehrung in dieser Zahlen nicht zum Ausdruck kommt; in Wahrheit also, die Leistung geringer ist, als diese Reichsmarkzahl angibt.

In der gleichen Zeit hat Deutschland von seinem gesamten Sozialprodukt mindestens 2/3, das heisst, etwa 260 Milliarden Reichsmark fuer die europaeische Kriegsfuehrung aufgebracht, also fast dreimal so viel wie die besetzten Gebiete. Es ist mir speziell im Falle Frankreich gelungen, die Finanzgebaren und das Geldwesen, und damit auch die wirtschaftliche und soziale Ordnung bis nahezu zu dem Zeitpunkt der Invasion soweit in Ordnung zu halten, dass tatsaechlich die franzoesischen Finanzen am Ende der deutschen Besatzungszeit wesentlich gesuender waren als die deutschen Finanzen, und Frankreich, wenn nicht die Verhaeltnisse gekommen waeren, die nachher kamen, aus elementarer Gewalt der Kriegsfuehrung, auf dieser Basis sich ein gesundes Geldwesen haette aufbauen koennen.

H0342 - 0040

Diese meine Berechnungen werden in gewisser Weise auch durch ein Dokument bestaetigt, das hier vorgelegt worden ist, und zwar im Dokument RF-22. Das ist ein Dokument, das ueber die franzoesischen Lieferungen an Deutschland handelt. Es ist der offizielle Bericht an die franzoesische Regierung ueber die Zwangsarbeit in Frankreich. In diesem Bericht befinden sich auf Seite 38, 39 und 40 Tabellen, die die Ziffern wiedergeben, die die franzoesischen Lieferungen an Deutschland, und zwar anteilmaessig an der gesamten franzoesischen Produktion, wiedergeben. Diese Ziffern zeigen, dass von der franzoesischen gesamten Produktion, die hierfuer in Frage kommen, in diesen 3 Jahren, im Durchschnitt 30 - 35% nach Deutschland fuer die gesamte Kriegsfuehrung gegangen sind. Und zwar sind die Ziffern a einzelnen Gebieten und gerade auf den Gebieten, die fuerdie Versorgung der franzoesischen Bevoelerkung in Frage kommen, wie Textilien, wie Pharmazeutik, Gas u Elektrizitaet wesentlich geringer und betragen zum Teil nur 5 oder 6%, aber ich gebe als Volkswirtschaftler ohne weiteres zu, wenn man die Dinge nicht von der gemeinsamen Kriegsleistung und der gemeinsamen wirtschaftlichen Verbundenheit a betrachtet, dass das einen Abzug von 35% mehr bedeutet und natuerlich schwerwiegende Folgen fuer die Gesamtwirtschaft haben muss.

Fuer die russischen Gebiete liegen mir leider keine genauen Ziffern vor. Aus der Kriegswirtschaft dieser Gebiete war das Wirtschaftsministerium selbst auch ganz ausgeschaltet. Wir haben uns nur bemueht, einzelne Firmen oder Gesellschaften in diesen Gebieten taetig werden zu lassen und die dort privatwirtschaftlich taetig sein sollten, also auf eigenes Risiko kaufen und verkaufen sollten. Sonst bin ich an der Wirtschaft der besetzten russischen Gebiete nicht beteiligt gewesen mit Ausnahme, dass ich Aufsichtsrat-Vorsitzender der Continental-Oelgesellschaft war, die allerdings auftragsgemaess vom Vierjahresplan und von der Wehrmacht aus in diesen Gebieten fuer die Oelproduktion taetig war; dagegen ich selbst hatte nur als Aufsichtsratvorsitzender die finanzielle Seite dieser Gesellschaft zu betreuen.

F. Herr Zeuge, Sie haben am Schluss der Vormittagssitzung von der sogenannten "zentralen Planung" gesprochen, von der wir schon sehr viel gehoert haben. Und haben deutlich dargelegt, allerdings sehr kurz, dass Sie als Reichswirtschaftsminister keinerlei Interesse daran hatten, dass auslaendische Arbeiter nach Deutschland verschleppt wurden, ganz gleich, ob fuer Ruestung oder andere Zwecke. Habe ich Sie richtig verstanden?

A. Das trifft fuer den Zeitpunkt zu, als ich in die "zentrale Planung" eintrat.

F. Wann war das?

A. Ich bin in die "zentrale Planung" im Herbst 1943 berufen worden.

F. Herbst 1943?

A. Ja, als ich die gesamte Produktion an Speer abgegeben hatte, und habe zum erstenmal am 22. November 1943 an einer Sitzung der "Zentralen Planung" teilgenommen. Dagegen hatte ich in der Tat nicht nur kein Interesse daran, dass auslaendische Arbeiter nach Deutschland kamen, sondern ich hatte, gerade auch wirtschaftlich gesehen, ein Interesse daran, dass diese Arbeiter im Auslande blieben, weil in den besetzten Gebieten die Verbrauchsgueter-Produktion weitgehend aus Deutschland verlagert worden war, also damit diese Produktion, ich meine die franzoesische Produktion, die belgische Produktion, fuer die deutsche Bevoelkerung ungestoert arbeiten konnte, hatte ich ein Interesse, dass man dort nicht die Arbeiter fortnahm, und insbesondere nicht, dass man sie durch Zwangmethoden fortnahm, weil dadurch ja die gesamte Ordnung und das Leben gestoert wurde.

Vorher hatte ich natuerlich als Wirtschaftsminister ein Interesse daran, dass die deutsche Wirtschaft Arbeiter bekam. Diese Fragen wurden aber niemals im Wirtschaftsministerium behandelt, sondern entweder im Vierjahresplan, wo ein Generalbevollmaechtigter fuer den Arbeitseinsatz taetig war von Anfang an - - -

VORSITZENDER: Das haben wir doch sicherlich schon alles heute frueh gehört. Er hat das alles schon heute frueh ausgesagt.

DR. SAUTER: Ich darf aber im Zusammenhang mit der "Zentralen Planung" doch noch auf ein Dokument zurueckkommen, Herr Praesident.

Es ist das, Herr Zeuge -- und ich bitte, nur auf diesen Brief sich in Ihrer Antwort zu beschraenken, - ein Brief, den Sie seinerzeit an den Feldmarschall Milch geschrieben haben und der ich glaube, von der franzoesischen Anklagevertretung unter der Dokumenten-Nr. RF --- Republique Francaise - - 675 hier eingefuehrt wurde. Es ist dies der Brief, Herr Funk, in welchem Sie sich entschuldigt haben, weil sie so selten an den Sitzungen der "Zentralen Planung" teilnehmen konnten. Und Sie haben damals zur Sitzung 2 Fachleute Ihres Ministeriums, also 2 Fachleute auf dem Gebiete der zivilen Versorgungswirtschaft und des Exports entsandt. Als Vertreter Ihres Staatssekretaers, Dr. Hayler der nachher als Zeuge kommen wird, nahm an dieser Sitzung der "Zentralen Planung" ein gewisser Ohlendorf t

H0342 – 0041

H0342 – 0042

Diesen Ohlendorf haben Sie ja bereits hier im Sitzungssaal auf dem Zeugenstand gesehen.

Mich wuerde nun interessieren, was hatte dieser Ohlendorf, der anscheinend zu Ihrem Ministerium gehoert, dort fuer Funktionen?

A. An den Verhandlungen der "Zentralen Planung" hatte ich im Wesentlichen nur das Interesse, dass dort fuer die Verbrauchsgueterwirtschaft und fuer den Export die entsprechenden Rohstoffe zugeteilt wurden; daher auch die Absendung Ohlendorf und 2 Fachreferenten fuer Verbrauchsgueterwirtschaft und Export. Ohlendorf war von Staatssekretaer Hayler in mein Ministerium mitgebracht worden. Ich kannte Ohlendorf vordem nur fluechtig aus 1 oder 2 Sitzungen und hatte von ihm einen ausserordentlich guenstigen Eindruck gewonnen, weil er ein ungewoehnlich klarer Kopf war und seine Gedanken ueberaus eindrucksvoll zum Ausdruck bringen konnte. Ich wusste vorher gar nicht, dass Ohlendorf noch eine Stellung im Sicherheitshauptamt hatte, denn er war mir bekannt geworden als Geschaeftsfuehrer der Hauptorganisation des deutschen Handels. Hayler war der Leiter dieser Organisation der Reichsgruppe Handel und Ohlendorf war sein Geschaeftsfuehrer, und als solcher mir bekannt geworden. Ich hatte also gar keine Einwendungen damals, dass Ohlendorf in das Ministerium kam und gerade den Sektor uebernahm, der seiner bisherigen privatwirtschaftlichen Betaetigung entsprach, dem Handelssektor und Verbrauchsgueterwirtschaft.

Ich habe dann natuerlich durch Heyler erfahren, dass Ohlendorf im RSHA, oder wie das heisst, als Amtschef taetig ist, auch im SD, habe mich aber daran nicht gestossen, weil ich diese Aufgabe nicht naeher kannte und jedenfalls nicht ueberzeugt war, dass hier etwas geschah, was nicht ertraeglich war fuer das Ministe Die Hauptstellung hatte ja Ohlendorf auch als Geschaeftsfuehrer der Gruppe Handel. Soviel ich weiss, war er in diesem RSHA nur nebenamtlich taetig. Ich war naturgemaess auf das schwerste betroffen und auf das peinlichste ueberrascht, als ich hier hoerte, was Ohlendorf in den Jahren vorher fuer Aufgaben bei seinen Einsatzstaeben, oder wie das hiess, in Russland hatte. Ich habe von dieser Taetigkeit von Ohlendorf nie ein Wort erfahren. Er selbst hat nie mit mir daruber gesprochen, und ich habe bis zu diesem Zeitpunkt nie gewusst, was solche Einsatzstaebe fuer Aufgaben hatten.

Ohlendorf hat ueberhaupt nicht ueber seine Taetigkeit im SD gesprochen. Darueber kann sich Herr Hayler persoenlich aeussern, der ihn viel besser und naeher kan

H0342 - 0043

te als ich.

Jedenfalls von dieser Taetigkeit von Ohlendorf, die ja auch Jahre vorher lag, h. be ich nichts gewusst, und es hat mich auf das schwerste betroffen, dass dieser Mann derartige Dinge ausgefuehrt hat.

F. Herr Zeuge, ich muss Sie noch bitten, zur Aussage eines anderen Zeugen Stellung zu nehmen, den wir hier im Sitzungssaale gesehen und gehoert haben. Es ist das der Zeuge Dr. Blaha, der hier im Sitzungssaal ueber die Verhaeltnisse im Konzentrationslager Dachau berichtet und der dabei erzaehlt hat, wie Sie sich erinnern, man habe aussen in Dachau davon gesprochen, dass beieinem dieser offi ziellen Besuche dieses Lagers auch der Reichswirtschaftsminister Funk dabei gewesen sei. Er hat, wie Sie sich erinnern, auf meine Frage erklaert, "Gesehen h er Ihn selbst nicht, aber Ihr Name sei bei anderen Gefangenen in diesem Zusamme hang erwaehnt worden".

Frage: Waren Sie jemals in Dachau, oder in irgend einem anderen Konzentrations ger?

A. Nein. Ich war weder jemals in Dachau, noch sonst in irgend einem Konze trationslager.

F. Koennen Sie das mit gutem Gewissen auf Ihren Eid sagen?

A. Jawohl.

F. Der Zeuge Dr. Blaha hat noch angegeben: diese Besichtigung von Dachau habe stattgefunden im Anschluss an eine Finanzminister-Besprechung, die in Ber tesgaden oder Reichenhall, oder sonstwo in der Gegend, stattgefunden habe. Ich frage Sie deshalb, haben Sie ueberhaupt jemals an einer Finanzminister-Besprechung teilgenommen, oder wenigstens zu der Zeit, die der Zeuge Blaha behauptete?

A. Nein, ich habe niemals an einer Finanzminister-Besprechung teilgenomme weil ich ja auchselbst kein Finanzminister war, und in der damaligen Zeit habe ich ueberhaupt an keinen internationalen Besprechungen teilgenommen. Nein.

F. Herr Dr. Funk, Sie haben heute gesundheitlich keinen guten Tag. Sie h ben mir geklagt ueber grosse Schmerzen, die Sie heute haben; infolgedessen moc te ich keine weiteren Fragen stellen, sondern nur noch eine einzige zum Abschl die Sie wohl ziemlich kurz beantworten koennen.

Warum sind Sie in Ihrem Amt als Reichswirtschaftminister und als Reichsbankpr sident bis zum Schluss geblieben?

A. Weil ich mich fuer verpflichtet hidlt, in dieser Stellung zu bleiben,

lange ich konnte, um meinem Volk zu dienen und nuetzlich zu sein. Gerade in den letzten Kriegsjahren hatte ich einen sehr schweren Stand; es trat eine starke Desorganisation in der Verwaltung ein, und ich musste mich ausserordentlich anstrengen, um die Bevoelkerung, insbesondere die Bombengeschaedigten, noch mit den wenigen vorhandenen Guetern, Verbrauchsguetern zu versorgen. Ich musste mich dauernd bemuehen, die Vorraete und Lager vor den eigenmaechtigen Eingriffen der Gauleiter zu bewahren. Gegen 1 Gauleiter habe ich sogar Polizei aufbieten muessen. Ich habe der Parole der "verbrannten Erde", die der Fuehrer ausgegeben hat, keine Folge geleistet und auf diese Weise erreicht, dass das deutsche Volk auch nach der Besetzung durch die Feindmaechte noch das, was an Verbrauchsguetern vorher vorhanden war, verwenden konnte.

Ich hatte vom Fuehrer die Weisung bekommen, eine Verordnung zu erlassen, wonach die Annahme von Besatzungsmark der Alliierten als Landesverrat mit dem Tode bestraft werden sollte. Ich habe diese Anordnung nicht erlassen. Ich habe mich bemueht, zu verhindern, dass das Volksvermoegen und das Volksgut zerstoert und verschleudert wurde. Ich habe den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank gerettet, der in hoechster Gefahr war. Kurzum, ich habe bis zum letzten Augenblick wie ich glaube, die Pflicht und Schuldigkeit gehabt, meinen Posten weiter zu versehen und bis zuletzt anzuharren. Insbesondere, nachdem wir Deutschen erfahren hatten, dass im Morgenthau-Plan das deutsche Volk in den Zustand von Schaf- und Ziegenhirten zurueckversetzt werden sollte; die gesamte Industrie vernichtet werden sollte; das die Ausrottung von 30 Millionen Deutschen bedeutet haette. Und nachdem auch Her Churchill persoenlich erklaert haette, dass das deutsche Volk hungern wird, und dass ich gerade vermeiden wuerde, dass Hungerepidemien ausbrechen; da war fuer mich und jedem aufrechten Deutschen nur das Eine moeglich bis zuletzt auszuharren auf seinem Posten und das zu tun, was in seinen Kraeften stand, um das Chaos zu verhindern.

Zum Verraeter und zum Verschwoerer habe ich kein Talent gehabt. Aber ich habe mein Vaterland immer mit heissem Herzen geliebt und mein Volk ebenso, und habe mich bis zuletzt bemueht, alles zu tun, um meinem Vaterland und meinem Volk zu dienen und nuetzlich zu sein.

H0342 – 0044

H0342 - 0045

Dr. SAUTER: Herr Praesident, ich darf dann vielleicht noch im Anschluss an diesen angeblichen Konzentrationslagerbesuch Bezug nehmen auf einen Fragebogen, der von dem Zeugen Dr. Schwedler eingelaufen ist, und der dem Ergaenzungsband des Dokumentenbuches Funk unter Nummer 14 beigefuegt ist. Diese eidesstattliche Versicherung, von deren Inhalt ich zu Beweiszwecken Kenntnis zu nehmen bitte, bestaetigt im wesentlichen, dass der Zeuge Dr. Schwedler seit dem 1. Februar 1938 der taegliche Begleiter des Angeklagten Dr. Funk war, dass der Dr. Funk kein Konzentrationslager besucht hat, und dass der Zeuge das wissen muesste, wenn es der Fall waere.

Damit, Herr Praesident, bin ich am Ende meiner Befragung des Angeklagten Funk. Danke sehr.

VORSITZENDER: Wuenscht ein anderer Verteidiger Fragen zu stellen?

Dr. Sauter, bezueglich eines Affidavits --- Sie sagten, Sie beziehen sich auf ein Affidavit Dr. Schwedlers. Sie sagten, dass es Nummer 14 in Ihrem Ergaenzungs-Dokumentenbuch war. Es scheint nicht in unserer Sammlung enthalten zu sein.

DR. SAUTER: Entschuldigen Sie, Herr Praesident, es ist Nr. 13. Ich habe mich versprochen. Es ist Nr. 13, Dokumentenergaenzungsband Nr. 13, Dr. August Schwedler. Es ist ein Fragebogen.

VORSITZENDER: Nr. 15 ?

DR. SAUTER: Nein, Nr. 13.

VORSITZENDER: Jawohl.

DURCH DR. NELTE (Verteidiger des Angeklagten Keitel):

F. Herr Zeuge, ich habe eine Frage, die ich Ihnen vorlegen moechte.

Die Anklagebehoerde hat den Angeklagten Keitel als Chef OKW mit Ihnen als Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft und mit Minister Frick, als Generalbevollmaechtigten fuer die Verwaltung in einem Zusammenhang gebracht. Im Reichsverteidigungsgesetz von 1938 werden die Inhaber dieser 3 Dienststellen erwähnt

H0342 - 0046

Sie haben auch zweifellos darin gewisse Funktionen, die von Bedeutung sein koennen. Nun hat die Anklagebehoerde in diesem Zusammenhang von einem Dreimaenner-Kollegium gesprochen, und sie hat diesem 'Dreimaenner-Kollegium grosse Befugnisse und Bedeutung zugelegt in Bezug aufden Anklagepunkt der Planung und Vorbereitung von Angriffskriegen.

Ich frage Sie : Gab es ein Dreimaenner-Kollegium, und welches waren die Funktionen der genannten 3 Dienststellen nach dem Reichsverteidigungsgesetz ?

A. In dem Wirrsal der deutschen Verwaltung konnten wir uns selbst kaum noch ausfinden, und es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn die Anklagevertretung sich in diesem Punkt in einem Irrtum befindet. Ich selbst habe von einem solchen Dreimaenner-Ausschuss oder Dreimaenner-Kollegium bis zu diesem Prozess ueberhaupt nichts gehoert. Ich wusste also gar nicht, dass ich zu einem Dreimaenner-Ausschuss oder Dreimaenner-Kollegium, oder Triumvirat, oder sonst etwas gehoerte. Es bestanden hier auf Grund des Reichsverteidigungsgesetzes gleichgeartete Vollmachten, sowohl fuer den Chef OKW, wie fuer den Generalbevollmaechtigten fuer die Verwaltung, wie fuer den Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft. Diese Drei konnten, abweichen von bestehenden Gesetzen, Verordnungen erlassen, bei denen sie sich gegenseitig beteiligen mussten. Das waren aber, und das war der Sinn dieser Verordnung, Verordnungen untergeordneter Art, die sich also im wesentlichen nur auf den Geschaeftsbereich des einzelnen der Beteiligten bezogen. Die Gesetzgebung, die groessere Bedeutung hatte, wurde entweder vom Ministerrat fuer die Reichsverteidigung gemacht, die ja auch nur im Umlaufverfahren spaeter um sich ging. Es fanden ueberhaupt nur, soviel ich weiss 3,4, oder 5 Sitzungen statt, oder aber durch Fuehrerverordnung. Die Fuehrerverordnung wurde spaeter die eigentliche Art, die wesentliche Art der Gesetzgebung. Und diese Fuehrerverordnung ging vom Fuehrer persoenlich aus und wurde den Beteiligten vielfach nur mitgeteilt.

Also der Dreimaenner-Ausschuss ist eine Fiktion.

H0342 - 0047

DR. NELTE: Danke schoen. Ich habe keine weiteren Fragen.

DURCH DR. DIX (Verteidiger des Angeklagten Schacht):

F. Herr Dr. Funk, Sie haben vom dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit gesprochen und gesagt, das waere unter Ihrem Vorgaenger erlassen worden. Sie sprachen von "meinem" Vorgaenger.

A. Nein, da irren Sie sich, ich habe gesagt, von "meinen Vorgaengern".

F. Vorgaengern. Koennen Sie uns, dem Gericht, sagen, unter welchen Reichswirtschaftsministern das Gesetz erlassen worden ist?

A. Das Reichsgesetz ist erlassen worden unter dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt, soviel ich mich erinnere, und die darauffolgenden Vereinbarungen mit der Deutschen Arbeitsfront sind wohl zum Teil noch von Schacht mitgemacht worden. Ich erinnere hier im besonderen an die sogenannten "Leipziger Beschluesse".

F. Dann haben Sie davon gesprochen, dass unter Schacht, dem Generalbevollmaechtigten fuer die Kriegswirtschaft , ein Buero bestanden haette, - Sie werden sich entsinnen, dass der Zeuge Vocke die Existenz eines solchen Bueros von Schacht, in seiner Eigenschaft als Generalbevollmaechtigter fuer die Kriegswirtschaft, verneint hatte. Das gleiche tat Schacht.
Welches Buero meinten Sie, wie sah das Buero aus, das Sie meinten ?

A. Das war kein Buero in dem Sinne, wie es hier vielleicht aufgefasst ist, sondern es war ein Referenten-Ausschuss von den verschiedensten Ressorts, der von dem Beauftragten des Generalbevollmaechtigten fuer die Kriegswirtschaft, der Dr. Schacht war, oder spaeter von mir, als Generalbevollmaechtigter fuer die die Wirtschaft, geleitet wurde. Bei Schacht war es der Staatsrat Wohlthat, und bei mir war es der fruehere Staatssekretaer von Schacht, Posse.

F. Der fruehere Staatssekretaer Schachts ?

A. Jawohl.

Fr. Das ist klar. Ist das nun identisch mit dem Arbeitsaus-

H0342 - 0048

schuss der entstand aufgrund des alten Reichsverteidigungsgesetz und schon in dieser Form vor 1933 gearbeit hat ?

A. Den kannte ich nicht.

Fr. Jedenfalls dieser Arbeitsausschuss bestand aus verschiedenen Ressorts ?

A. Jawohl.

Fr. Mit dem OKW zusammen ?

A. Mit dem OKW, mit dem Innenministerium und spaeter unter entscheidener Beteiligung des Vierjahresplanes.

Fr. Und der Referent fuer Schacht war zu Schacht's Zeit Dr. Wohltat ?

A. Soviel ich weiss, ja.

Fr. Dann noch eine Frage. Sie haben zuletzt von dem sogenannten "Triumvirat" auf Frage vom Kollegen fuer Angeklagten Keitel gesprochen. Die Schaffung dieses Triumvirates, diese Taetigkeit die Sie geschildert haben, die liegt wohl nach der Schacht Zeit ?

A. Ich glaube ja. Das war aber keine Taetigkeit.

Fr. Nein. Nein.

A. Ich habe nie an einer solchen Sitzung dieses sogenannten Drei-Maenner Kollegiums teilgenommen.

Fr. Nein, Sie sagten, es war eine Fiktion.

A. Es hat auch nie eine solche Sitzung dieser drei Maenner stattgefunden.

Fr. Nein, nein, Sie haben gesagt, es war eine Fiktion.

DR. SERVATIUS: (Verteidiger fuer den Angeklagten Sauckel).

Fr. Ich habe eine Frage bezueglich der Loehne der auslaendischen Arbeiter. Hat sich Sauckel bezueglich des Transfer der Loehne besonders eingesetzt, Herr Zeuge ? Wissen Sie etwas darueber?

A. Jawohl. Sauckel hat bei der Reichsbank und beim Reichswirtschaftsministerium sehr oft darauf gedrungen, dass in groesserem Umfang Transferierungen von Arbeiterloehnen in das Ausland und die besetzten Gebiete stattfaerden. Wir waren naturgemaess hier in einer

H0342 - 0049

sehr schwierigen Lage, weil sich insbesondere in den suedosteuropaeischen Laendern, die Waehrungen stark entwertet hatten, also die Kaufkraft des deutschen Geldes sehr gesunken war, waehrend ich an dem stabilen Umrechnungskurs festhielt, um nicht durch eine Abwertung in diesen Laendern die inflatorischen Tendenzen noch zu verstaerken und dort eine voellige Unordnung von der Waehrungsleitung aus herbeizufuehren. Infolgedessen mussten wir zu den Zahlungen Zuschlaege machen, um die Entwertung des Geldes in den besetzten Gebieten und den anderen Laendern auszugleichen. Es sind im Ganzen erhebliche Summen transferiert worden. Ich schaetze diese Summen auf mindestens zwei Milliarden Reichsmark.

F: Was wissen Sie darueber, ob Sauckel sich um die Bekleidung der Fremdarbeiter bemueht hat. Ist da etwas unternommen worden?

A: Er hat sich sehr bemueht. Dies traf ja das Wirtschaftsministerium besonders hart, weil das Wirtschaftsministerium mit den wenigen zur Verfuegung stehenden Rohstoffen, die ihm von der Zentralen Planung zugewiesen wurden, die Bevoelkerung versorgen musste und durch die immer wachsenden Zahl der Bombengeschaedigten immer neue Lieferungsansprueche an uns herantraten; trotzdem haben wir uns bemueht, den Forderungen Sauckels soweit als irgend moeglich nachzugeben, erfuellen konnten wir seine Forderungen nicht.

F: In welchem Umfange ist dann Bekleidungsmaterial geliefert worden. Wissen Sie irgend etwas Zahlenmaessiges darueber?

A: Nein, das weiss ich nicht.

F: Wissen Sie etwas ueber die Einstellung Sauckel's zu Himmler, nachdem er laut der Anklage mit ihm zusammengearbeitet haben soll?

A: Ich erinnere mich an einen besonderen Vorfall. Als ich mit meinen Geldvorraeten und dem Rest meiner Devisen unter die Erde nach Thueringen gefluechtet war, war ich eines Abends bei Sauckel, wo auch der hier ehemals genannte Staatssekretaer Keppler anwesend war.

Im Verlauf des Gespraeches kamen Sauckel und Keppler in ein ungeheuer erregtes Gespraech mit Himmler. Sauckel warf Himmler in eindeutiger Weise vor, dass er der Zerstoerer der Verwaltungseinheit in Deutschland sei, und dass er die Hauptschuld daran trage, dass eine solche Desorganisation in der Verwaltung in Deutschland eingetreten war, weil er einen Staat in einem Staat mit seiner SS geschaffen habe, und Sauckel sagte noch etwa: "Wie soll denn das

H0342 – 0050

Volk Disziplin halten, wenn die obersten Stellen im Reiche selbst keine Disziplin halten koennen.

F: Ich habe keine Fragen mehr an den Zeugen.

DR. KUBUKSCHOK: (Verteidiger fuer den Angeklagten von Papen.)

F: Ist es zutreffend, dass Hitler Sie nach der Marburger Rede damals im Juli 1934 ersuchte, zum Reichspraesidenten von Hindenburg auf dessen Landsitz in Neudeck zu fahren und ihm folgendes mitzuteilen:

Der Vizekanzler von Papen habe wegen des Publikationsverweises seiner Rede die Demission verlangt. Diese Demission muesse bewilligt werden, da Papen sich durch die Marburger Rede eines groben Verstosses gegen die Disziplin des Reichskabinetts schuldig gemacht habe.

A: Wenn der Reichspraesident von Hindenburg auf seinem Gut in Neudeck war, lud er mich oefters zu Besuch ein. Ich habe schon vorher erwaehnt, dass ich oft familiaer bei ihm verkehrt habe. Hier stand ein solcher Besuch auch aus, als die Angelegenheiten mit der Papenrede in Marburg aufkam und der Reichsmarschall empfahl dem Fuehrer, soweit ich mich erinnere, mich damit zu beauftragen, dem Reichspraesidenten von diesem Vorfall Mitteilung zu machen.

Das tat der Fuehrer auch und ich habe lediglich dem Reichspraesidenten berichtet, dass ein Konflikt zwischen dem Fuehrer und Herrn von Papen wegen seiner Rede entstanden sei. Ich kannte nicht den Inhalt dieser Rede, da diese Rede inzwischen verboten war, worauf der Reichspraesident nur erwiderte: "Wenn er keine Disziplin halten kann, dann muss er eben die Konsequenzen daraus ziehen.

F: Ich danke Ihnen.

DR. FRITZ: (Verteidiger fuer den Angeklagten Fritzsche).

F: Herr Zeuge, wann und wo lernten Sie Ihren Mitangeklagten Fritzsche kennen?

A: Als er im Propagandaministerium, in der Presseabteilung, taetig war. Er erschien eines Tages bei mir und wollte Geld fuer sich haben, das ich ihm auch zusagte.

F: Sie sind damals Staatssekretaer im Propagandaministerium gewesen?

A: Ja.

F: Das war im Jahre?

A: Das muss schon 1933 oder 1934 gewesen sein.

F: Als er zu Ihnen kam, wussten Sie ueberhaupt, welche Stellung Fritzsche damals im Propagandaministerium bekleidete?

H0342 – 0051

A: Ich wusste, dass er in der Presseabteilung taetig war.

F: War das eine verantwortliche Stellung die er inne hatte? War er Herausgeber einer Zeitung oder war er Abteilungsleiter?

A: Nein, der Abteilungsleiter war damals ein Dr. Hancke, soviel ich mich erinnere.

F: Konnten Sie beobachten, dass Fritzsche mit Dr. Goebbels in irgendeinem engeren Kontakt stand?

A: Ich bin bei den Besprechungen, die Dr. Goebbels taeglich mit seinen Referenten abhielt, niemals zugezogen worden. Das geschah ueber den persoenlichen Referenten von ihm, dem spaeteren Staatsekretaer Dr. Hancke. Da aber Fritzsche nicht Abteilungsleiter war, nehme ich an, dass er zu diesen Besprechungen auch nicht zugezogen wurde. Es wurden hier meist nur die Abteilungsleiter, soweit ich informiert bin, hinzugezogen. Fritzsche bestimmt nicht.

F: Nach Ihrer Kenntnis, in Ihrer Eigenschaft als damaliger Staatsekretaer gehoerte er also den engen Mitarbeitern von Dr. Goebbels, wenn ich Sie richtig verstanden habe, ueberhaupt nicht an.

A: In der damaligen Zeit glaube ich nicht, Was spaeter war, weiss ich allerdings nicht.

VORSITZENDER: Wuenscht die Anklagevertretung Fragen an den Zeugen zu stellen?

KREUZVERHOER DURCH MR. DODD:

F: Herr Zeuge, koennen Sie mich hoeren?

A: Jawohl.

F: Wir haben Ihren Aussagen zugehoert seit Freitag Nachmittag und soweit wir es verstehen, aus Ihren Erklaerungen, geben Sie keine der Anklagen zu, die gegen Sie in der Anklage erhoben wurden oder zumindest nicht in irgendeinem Ausmass, mit vielleicht einer Ausnahme. Ich bin nicht klar darueber, ob Sie heute Morgen etwas zugegeben haben oder nicht bezueglich Ihres Anteils an der Verfolgung der Juden. Wollen Sie uns bitte jetzt sagen, ob Sie die Absicht hatten, Ihre eigene Schuld zuzugeben oder die Rolle, die Sie der Verfolgung der Juden gespielt haben?

A: Ich habe heute Morgen gesagt, dass ich ein tiefes Schuldgefuehl und eine tiefe Scham empfand ueber das, was mit den Juden in Deutschland geschehen ist und dass ich zu dem damaligen Zeitpunkt, als der Terror und die Gewalt begann, in einen schweren Gewissenskonflikt kam. Ich habe damals gefuehlt, moechte ich fast sagen, dass hier schweres Unrecht geschah. Ich habe aber nicht ein Schuld-

H0342 – 0052

bekanntnis abgelegt, hinsichtlich der hier erhobenen Anklage gegen mich, das heisst, dass ich dadurch im Sinn der Anklage gegen die Menschlichkeit schuldig geworden bin, dass ich Gesetze durchfuehrte uns herausgab, oder Gesetze unterschrieben habe, die mir von oben zugeleitet wurden. Da diese Gesetze durchgefuehrt werden mussten, und zwar um die Juden nicht voellig rechtlos zu macher und sie rechtlichen Schutz noch haben konnten, so erkenne ich also eine Schuld vor mir selbst an, eine moralische Schuld, aber nicht eine Schuld, dass ich diese Gesetze unterschrieben habe, nicht eine Schuld gegen die Menschlichkeit.

F: Sehr richtig, das wollte ich naemlich genau verstehen. Sie haben auch dem Gericht mitgeteilt, dass Sie oft an der Tuere waren, aber nicht hineingelassen wurden und ich verstehe das so, dass Sie sagen wollten, dass Sie nach Ihrem eigenen Urteil, dass Sie nur ein kleiner Mann in der Nazi-Organisation waren?

A: Jawohl . . . . . .

F: Das ist genug, Sie koennen es vielleicht spaeter ausfuehrlich erklaeren, aber fuer heute genuegt es.

A: Darf ich dazu noch eine Erklaerung abgeben. Ich habe feststellen wollen, dass bei den Befugnissen, die ich hatte, immer uebergeordnete Bevollmaechtigte da waren, die die letzte Entscheidung trafen. Das ist bei allen meinen Stellungen im Staate so gewesen.

F: Also untersuchen wir zusammen ein wenig das Beweismaterial und sehen wir, ob Sie immer untergeordnet waren und immer der kleine Mann waren, der nicht hineingekommen konnte. Vor allem ist da eine Angelegenheit, die ich aufklaeren moechte, bevor ich mich der allgemeinen Untersuchung zuwende. Sie erinnern sich als der Angeklagte Schacht am Zeugenstand war, dass er dem Gericht mitteilte, dass, nachdem er die Reichsbank verlassen hatte, er ein Buero in seiner Privat-Wohnung hatte. Stimmt das?

A: Jawohl, das hat er gesagt.

F: Jawohl, Sie haben uns bei einer anderen Gelegenheit gesagt, dass er noch ein Buero in der Reichsbank hatte. Ist das richtig?

A: Ich weiss nicht, ob ich es gesagt habe, und wo ich es sagte, aber es kann sein. Mir ist berichtet worden damals, als er ausgeschieden war, dass er noch ziemlich oft zur Reichsbank hinging und dass man deshalb dort fuer ihn ein Zimmer reserviert habe, ausserdem hatte er noch ein gewisses Personal und

H0342 - 0053

seine Sekretaerin, welche er von der Reichsbank mitgenommen hatte, war noch bei ihm und sonst weiss ich nichts.

F: Haben Sie nicht zu einer anderen Gelegenheit gesagt, dass er noch ein Buero in der Reichsbank hatte, wo er zu bestimmten Zeiten arbeitete und wo er mit Ihnen Kontakt hatte, dann und wann, ist das nicht so? Erinnern Sie sich daran, dass Sie uns das erzaehlt haben?

A: So war es nicht. Schacht ist sehr selten noch - - -

F: Wenn Sie sich nicht erinnern koennen, werde ich Ihnen ein bisschen helfen. Erinnern Sie sich, dass Sie befragt wurden von Major Hiram Gans am 2. 3. und 4. Juni 1945. Sie erinnern sich doch, dass Goering und von Krosigk dort waren usw.

A: Jawohl.

F: Richtig. Ihnen wurde diese Frage gestellt. Dieser Antwort gingen einige Fragen voraus.

Frage: "Hatte Schacht noch eine Regierungs-Stelle inne nach seiner Entlassung als Praesident der Reichsbank?"

Goering sagte: "Reichsminister."

Frage: "Hatte er einige Funktionen?"

Goering antwortete wieder: "Er blieb Minister ohne Portefeuille."

Eine andere Frage: "Gab es Kabinettsitzungen, denen er beiwohnte?"

Goering antwortete: "Ich kann mich keiner Kabinetts-Sitzung zu dieser Zeit erinnern."

Und dann sprach Funk: "Schacht, nachdem er entlassen war, hielt ein Buero in der Reichsbank, wo er statistische Data der Reichsbank ausarbeitete und mit mir in Kontakt blieb dann und wann."

Frage: "Wie lange dauerte das?"

Und Sie antworteten: "Nach Schacht's Entlassung vielleicht bis 1943." Sie haben diese Antworten gegeben, nicht wahr?

A: Das ist nicht richtig. Ich habe das nicht so gesagt, mir ist berichtet worden, dass er noch öfters zur Reichsbank kam, dass man ihm dort ein Zimmer reserviert hatte und er mit mir sehr selten gesprochen hat. Das ist nicht richtig übertragen.

F: Sie kennen doch das Dokument Nr. 2828.

A: Jawohl.

F: Teile davon sind schon vorgelegt unter US-Exhibit 652. Später werde ich den Teil, den ich gerade verlesen habe, noch in anderer Form vorlegen. Anwalt Sauter, Ihr Verteidiger, Angeklagter, hat sich bezogen auf einen Brief von Ihnen an Hitler, der sich ungefähr beschäftigte mit der allgemeinen Stimmung zu dieser Zeit, auch mit der Tatsache, dass Ihr 60. Geburtstag war. Das stimmt nicht wahr? Es gab noch einen Grund, dass Sie diesen Brief geschrieben haben bezüglich Ihres Geburtstages, nicht wahr? Wissen Sie worauf ich mich beziehe?

A: Jawohl.

F: Sie erhielten 500.00 RM von Hitler als Geburtstagsgeschenk, nicht wahr?

A: Nein, das stimmt nicht.

F: Sie haben es nicht erhalten. Haben Sie nicht ein Geschenk erhalten? Sie erhielten ein Geschenk von Göring und Göbbels in Höhe von 250.000 RM, und von führenden Geschäftsleuten Deutschlands erhielten Sie 270.000 RM, die aus besonderen Konten kamen von Göring und Göbbels. Hitler hörte davon und hat Ihnen befohlen, das Geld zurückzugeben und später hat er Ihnen 520.000 RM gegeben, nicht wahr?

A: Das erste stimmt nicht. Das letzte stimmt, aber darf ich die Zusammenhänge aufklären?

F: Jawohl.

A: Sie sind völlig anders. An meinem 50. Geburtstag erschien bei mir der Präsident und das Präsidium der Reichswirtschaftskammer, der Spitzenorganisation der gesamten deutschen Wirtschaft und erklärte mir, dass Sie mir in Anbetracht meiner länger als 25 jährigen Tätigkeit in der deutschen Wirtschaft mit Genehmi-

H0342 – 0054

gung des Führers ein Geschenk machen wollten, und zwar einen Hof in Bayern, das wurde leider ein Übergeschenk; ich habe durch dieses Geschenk sehr viele Sorgen und Kummer bekommen. Ein grosses Haus wurde gebaut und man sagte mir, dass der Führer wünsche, dass ich dort auch arbeiten sollte, und es kam eine Steuerforderung an mich, die so hoch war, dass ich sie nicht bezahlen konnte und die Restkosten ebenfalls nicht. Darauf wandte ich mich nicht an Göring, sondern Göring hörte davon und Hitler liess mir 300.000 RM zukommen, um aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen. Von Göbbels war dies kein Geld, das ich bekam, sondern mit Genehmigung von Göbbels schloss ich die Filmgesellschaft der Reichswirtschaftskammer an, die mir dieses Geld gab. Als der Führer von meinen Geldschwierigkeiten hörte, hat er mir eine Summe von 520.000 RM zur Verfügung gestellt und ich habe von den anderen empfangenen Geldern zwei Stiftungen gemacht und zwar eine von 500.000 RM für die Familien von Mitgliedern der Reichsbank, die während des Krieges gefallen sind und von 200.000 RM für das Reichswirtschaftsministerium, d. h. für die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Mitglieder des Reichswirtschaftsministeriums, und ich habe diesen Hof und dieses grosse Haus nur deshalb bewohnen und aufrecht erhalten können, weil ich ein verhältnismässig hohes Einkommen hatte, aber am Anfang waren grosse Auslagen damit verbunden, insbesondere an Steuern usw. Ich habe mich mit meiner Frau entschlossen, dieses als ein ---

F: Es ist mir ganz egal, was Sie damit gemacht haben. Ich möchte wissen, dass Sie es bekommen haben.

A: Jawohl.

F: Sie haben auch ein Geschenk aus Ihrer eigenen Tasche dem Angeklagten Frick bei einer Gelegenheit gemacht, nicht wahr? Sie gaben Frick 250.000 RM an seinem Geburtstag am 12. März 1942.

A: Das weiss ich nicht.

F: Sie erinnern sich nicht? Wissen Sie etwas über die anderen Geschenke, die den anderen Angeklagten gemacht wurden aus öffentlichen Geldern, entweder von Ihnen und Ihrer Stelle oder an Leute

H0342 – 0055

H0342 – 0056

der Nazi-Partei? Wissen Sie etwas über diese Leute und was sie aus öffentlichen Geldern bekommen haben?

A: Diese Gelder wurden von mir nicht ausgegeben, sondern sie wurden aus einem Fond des Führers durch Lammers gegeben. Ich habe derartige Gelder nicht gegeben.

F: Das waren öffentliche Fonds, nicht wahr? Sie wussten, dass Rosenberg 25o.ooo RM bekommen hat, wussten Sie das?

A: nein.

F: Im Januar 1944 waren Sie Präsident der Reichsbank?

A: Ja, aber die Gelder kamen nie von der Reichsbank, das waren Gelder, die Lammers verwaltete. Ich nehme an, dass diese Gelder aus der Adolf-Hitler-Spende kamen, aber die Reichsbank hatte damit nichts zu tun gehabt.

F: Von Neurath hat 25o.ooo RM bekommen am 2. Februar 1943. Wissen Sie etwas davon. Sie waren damals Präsident der Reichsbank?

A: Ich weiss darüber nichts.

F: Sie haben schon über Lammers gehört und seine 6oo.ooo RM. Sie wussten, dass Keitel 6oo.ooo RM bekommen hat, am 2. Februar 1942, haben Sie nie davon gehört?

A: Die Reichsbank hatte mit diesen Sachen nichts zu tun gehabt.

F: Wissen Sie, dass von Ribbentrop 2oo.ooo RM bekommen hat. General Milch hat 5oo.ooo RM bekommen im Januar 1941. Und Sie wussten von allen diesen Dingen nichts?

A: Mit diesen Dingen bin ich nie befasst worden, das hat Herr Lammers gemacht und das Geld ist nicht von der Reichsbank gekommen.

F: Ich verstehe Sie so, dass Sie am Anfang der Nazipartei nicht tatsächlich der wirtschaftliche Berater Hitler's oder der Nazipartei waren. Das heisst, nach Ihrer eigenen Meinung waren Sie das nicht. Ist es nun nicht Tatsache, dass Sie allgemein als solcher angesehen wurden vom Volk und den Parteimitgliedern und Parteibeamten?

H0342 – 0057

A: Ich wurde so genannt, das habe ich hier gesagt, auf Grund meiner Tätigkeit, damals in dem einen Jahr 1932, als ich zwischen dem Führer und einigen führenden Wirtschaftlern Unterredungen vermittelte und die hier geschilderte kurze Tätigkeit in der Partei ausübte.

F: Sie haben sich doch selbst dann und wann Wirtschaftsberater des Führers genannt, wenigstens bei einer Gelegenheit während eines Verhörs, haben Sie sich da nicht selbst als Wirtschaftsberater betitelt? Erinnern Sie sich daran?

A: Nein.

F: Ich glaube, Sie werden doch mit mir im allgemeinen übereinstimmen, dass die Öffentlichkeit Sie als einen solchen betrachtete.

A: Ich habe hier erklärt, dass die Presse mich so genannt hat und, dass von der Presse aus diese Bezeichnung an die Literatur übergegangen ist. Ich selbst habe mich nicht so genannt.

F: Waren Sie die Hauptverbindung zwischen Partei und Industrie in den ersten Tagen?

A: Im Jahr 1932, und nur dieses Jahr kommt ja in Betracht für eine Parteitätigkeit von mir, denn vor oder nach diesem Jahr habe ich keine Parteitätigkeit mehr ausgeübt. Ich habe aber zwischen Hitler und führenden Männern der Industrie Gespräche vermittelt, über diese Tätigkeit übten auch andere aus, zum Beispiel der Staatssekretär Keppler.

H0342 - 0058

F: Ich frage Sie nicht ueber andere Leute, ich frage Sie, ob Sie nicht der Hauptverbindungsmann waren. Das waren Sie, nicht wahr ?

A: Jawohl.

F: Sie waren der Verbindungsmann zwischen der Nazipartei und den grossen Geschaeftsleuten in Deutschland, nicht wahr ?

A: Es nahm nicht viel meiner Zeit in Anspruch, aber ich war es.

F: Jawohl. Es nahm einwenig Ihrer Zeit in Anspruch. Sie machten es, nicht wahr

A: Jawohl.

F: Erinnern Sie sich vielleicht an das Dokument EC-440. Es ist tatsaechlich ein Erklaerung, die Sie gemacht und vorbereitet haben und zwar betreffend die Verbindung zwischen der deutschen Industrie und der Partei und der nationalsozialistischen Staatsfuehrung. Erinnern Sie sich, dass Sie am 28.Juni 1941 diese Erklaerung abgegeben haben und, dass Sie sagten: "Keppler, der spaeter Staatssekretaer wurde und der vor mir der finanzielle Berater des Fuehrers war." Sie haben dieses Wort gebraucht, erinnern Sie sich dessen ?

A: Keppler ?

F: Jawohl, er war der Berater vor Ihnen. Erinnern Sie sich dessen ?

A: Ja.

F: Im Propagandaministerium, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Wollen Sie, dass das Gericht glaubt, dass Sie nur ein Werkzeug des Fuehrers waren und, das Sie nicht wussten, was wirklich vor sich ging. Ist das Ihre Stellungnahme ?

A: Nein. Ich habe eine sehr grosse Aufgabe gehabt, naemlich die Leitung eines sehr umfangreichen Kultur- und Wirtschaftskonzerns. Das habe ich hier ausgefuehrt. Er bestand aus Filmgesellschaften, Theatern, Orchestern, aus dem Werberat der deutschen Wirtschaft, aus der Rundfunkverwaltung, also eine sehr umfangreiche Taetigkeit. Eine organisatorische, wirtschaftliche und finanzielle Taetigkeit, waehrend die Propagandataetigkeit selbstherrschend und ausschliesslich von Goebbels gemacht wurde.

F: Ja. Sie nannten die Politik und die Ziele des Propagandaministeriums. Es ist daruber kein Zweifel, nicht wahr ?

A: Jawohl.

F: Ach, Sie kannten das ?

A: Jawohl.

H0342 - 0059

F: Gut. Jetzt wenden wir uns einer anderen Frage zu, auf die ich mich fruher bezogen habe, um eine andere Sache aufzuklaeren. Erinnern Sie sich, dass der Angeklagte Schacht, als er im Zeugenstand war, sagte, glaube ich, dass bei der bekannten Zusammenkunft wo eine Anzahl von Industriellen berufen wurden, um Hitler zu begruessen, die Kollekte er nicht veranstaltet habe. Schacht sagte, dass er es nicht tat. Ich glaube, er sagte, dass Goering oder sonst jemand sie veranstaltet habe.Erinnern Siesich des Zeugnisses von Schacht im Zeugenstand ?

A: Jawohl.

F: Erinnern Sie sich, was Sie uns zur Zeit gesagt haben ?

A: Jawohl.

F: Was haben Sie uns gesagt ?

A: Ich habe mitgeteilt, dass Schacht eine kurze Ansprache hielt, nachdem Hitler und Goering gesprochen hatten und dass er dann die Anwesenden bat, sozisagen zur Kasse zu gehen und zu unterschreiben, also Gelder fuer den Wahlfond aufzubringen. Er hat die Sammlung vorgenommen und hat gesagt, die Kohlenindustrie ---

F: Wer ?

A: Er sagte - - -

F: Wer hat die Sammlung vorgenommen. Ich weiss nicht, wen Sie meinen mit "er" ?

A: Schacht.

F: Das ist alles, was ich wissen wollte ueber diesen Punkt. Wann haben Sie das erste Mal gehoert, dass die Terroraktionen von November 1938 nicht spontan gewesen sind ?

A: Am Vormittag des 9. November, auf der Fahrt von meinem Hause ins Ministerium habe ich zum ersten Mal geschen, was in der Nacht angerichtet worden war. Vorher war mir nicht das Geringste davon bekannt, dass solche Exzesse und Terrormassnahmen geplant waren.

F: Ich glaube, dass Sie mich missverstanden haben. Ich frage Sie nicht, wann Sie das erste Mal hoerten von diesen Aktionen, ich frage Sie, wann Sie gewusst haben dass diese nicht spontan waren ? Wann haben Sie gehoert, dass diese von jemand anderem angestiftet und geplant wurden ?

A: Das habe ich erst spaeter erfahren.

F: Wie viel spaeter ?

A: Ich glaube, sehr viel spaeter. Es ist diese Sache spaeter sehr viel diskutiert worden. Es wurde niemals klar, wer nun eigentlich der Urheber dieser Terro-

H0342 - 0060

und Gewaltaktionen gewesen ist und wo eigentlich der Befehl ausgeloest wurde. Dass er von Muenchen kam, wussten wir, das haben wir inzwischen erfahren und zwa am 9. November. Aber ob es Goebbels oder Himmler war und wie weit der Fuehrer selbst daran beteiligt war, habe ich niemals erfahren koennen. Aus meinem Telefongespraech, das ich heute erwaehnt habe, geht hervor, dass der Fuehrer von dieser Sache gewusst haben musste, weil er mir sagte, der Fuehrer hat angeordnet und er sagte auch, dass die Juden vollkommen aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden muessten. Daraus musste ich schliessen, dass der Fuehrer selbst informier war ueber diese Sache.

F: Jetzt kommen wir zum Telefongespraech, Wir koennen auch etwas anderes hier sehen. Sie wussten, dass Goebbels diese Geschichte angefangen hat, nicht wahr, und das war am Tage nachdem es geschehen war, Sie wussten, dass es nicht spontan war und darum haben Sie Goebbels angerufen und ihn zur Rede gestellt, nicht wahr

A: Ja.

F: Wie viele Tage spaeter haben Sie diese aufhetzende Rede gehalten, in der Sie sagten, was mit den Juden geschehen solle. Waren es nicht ungefaehr sechs Tage spaeter ? Ich meine diejenige, die veroeffentlicht wurde in der Frankfurter Zeitung. Ihr Anwalt hat heute morgen davon gesprochen ?

A :Ja, das war zunaechst so - - -

F: Und in dieser Rede versuchten Sie, dem Volke die Idee beizubringen, dass es eine spontane Aktion war, nicht wahr ?

A: Jawohl.

F: Und Sie wussten, dass das nicht spontan war ?

A: Ich habe das damals noch nicht gewusst. Ich habe damals noch geglaubt, dass es wirklich so war. Ich habe selbst viel spaeter erfahren, dass hier eine ganz raffinierte Maschinerie in Bewegung gesetzt worden war.

F: Wollen Sie dem Gericht jetzt einreden, dass Sie am Morgen Ihres Telefongespraeches mit Goebbels, als Sie ihn zur Rede stellten wegen dieser Geschehnisse, noch nicht wussten, dass er es eingeleitet hatte, Ist das Ihre Einstellung ?

A: Ich habe damals noch nicht gewusst, von wem die Terroraktion eingeleitet und wie sie durchgefuehrt worden war. Das war mir voellig neu.

F: Wenn Sie nicht wussten, wer es eingeleitet hatte, dann wussten Sie doch jedenfalls, dass jemand es anfing und dass es nicht spontan war ?

A : Jawohl.

H0342 - 0061

F: Und doch versuchten Sie in Ihrer Rede vom 15. November es der Oeffentlichkei glaubhaft zu machen, dass es ein Aufstand des deutschen Volkes war, nicht wahr

A: Ich habe das begruendet mit dem Attentat auf --- ich weiss nicht was er wa Attaches in Paris --- und tatsaechlich war infolge des Attentates schon eine erregte Stimmung, das ist ganz klar.

F: Ich glaube, dass Sie meine Frage verstehen, Herr Zeuge. Sie sagten bei diese Gelegenheit und haben den Ausdruck gebraucht "die Tatsache, dass der letzte hef ge Ausbruch des Unmutes des deutschen Volkes wegen des verbrecherischen juedi- schen Angriffes gegen das deutsche Volk stattgefunden hat" und so weiter. Sie v suchten es so darzustellen als eine spontane Tat des deutschen Volkes und ich behaupte, dass Sie es besser wussten und es schon seit einigen Tagen wussten. Ist das nicht so ?

A: Ich habe noch nicht gewusst, dass das im Einzelnen vor sich gegangen war. Dass hier ein Anstoss von irgend einer Stelle gegeben war, das war mir aller- dings bekannt, das gebe ich zu.

F: Gut. Wann haben Sie den Ausdruck "Glaswoche" gepraegt ? Sie kennen den Ausdru nicht wahr und woher er kam ?

A: "Glaswoche" ?

F: Jawohl.

A: Das habe ich einmal fuer diese Aktion gebraucht.

F: Sie praegten den Satz ?

A: Weil viel zerschlagen worden war.

F: Aber Sie sind der Mann, der mit dem Ausdruck angefangen hat. Das war Ihr Aus- druck, nicht wahr ?

A: Ja, ich habe ihn gebraucht.

F: Und Sie haben ihn gebraucht, da in der Frankfurter Zeitung ---

A: Ich habe damals diese Aktion mit diesem Ausdruck einmal belegt, das stimmt, weil eben sehr viel zerschlagen worden war.

F: Jetzt gehen wir ein bisschen weiter zu der wohlbekannten Zusammenkunft vom 12. November, als Goering und Goebbels und alle die anderen Leute ihre Bemerkun- gen machten ueber die Juden und Sie waren auch dabei. Sie machten an jenem Tage keinen Einwand gegen etwas, das gesagt wurde, nicht wahr ?

A: Nein. Ich habe nur versucht, verschiedene Dinge durchzusetzen, um noch etwa

H0342 – 0062

fuer die Juden zu retten, zum Beispiel ihre Effektenbesitze. Dann habe ich durchgesetzt, dass die Laeden wieder eroeffnet wurden, sodass dann eine langsame Abwicklung eintrat und einiges andere.

F: Ich verstehe das. Aber ich dachte, dass Sie heute morgen ziemlich erschuettert waren wegen der schrecklichen Dinge, die mit den Juden geschehen sind und Sie erinnern sich einiger der Vorschlaege, die an diesem Tag von Goering und Goebbels gemacht wurden ? Die waren ziemlich unangenehm, nicht wahr ?

A: Ich habe das offen zugegeben, dass ich dadurch sehr erschuettert war und, dass ich dadurch in sehr schwere Gewissenskonflikte kam.

F: Gut. Und Sie haben dann spaeter, wie die Frankfurter Zeitung berichtete, diese Rede gehalten und diese Anordnungen durchgefuehrt, trotz Ihrer Gewissenskonflikte, nicht wahr ?

H0342 - 0063

A: Die Verordnungen mussten kommen, das habe ich ja mehrfach hier betont. Ich habe keine Gewissensbisse gehabt, weil die Verordnungen kamen. Gewissensbiss habe ich gehabt aus dem Anlass dazu.

F: Das ist es ja gerade, was ich Sie frage.

A: Aber die Verordnungen dazu mussten kommen, die Gründe dafür, ja das gebe ich zu.

F: Sie wissen, dass Schacht am Zeugenstand gesagt hat, dass falls er Reichswirtschaftsminister gewesen wäre, er glaubt, dass diese Dinge nicht geschehen wären. Erinnern Sie sich, dass er das sagte vor einigen Tagen?

A: Jawohl, das gebe ich ohne weiteres zu. Dann muss er aber sehr machtvolle und gute Beziehungen zur Partei gehabt haben, sonst hätte er dieses nicht erreichen können.

F: Und Sie hatten diese guten Beziehungen zur Partei nicht gehabt?

A: Ich habe diese Beziehungen nicht gehabt, denn ich konnte diese Terroraktionen nicht verhindern.

F: Na gut, wir werden das schon sehen. Ihr Anwalt hat für Sie eine eidesstattliche Erklärung vorgelegt, von einem Oeser O-e-s-e-r, Erinnern Sie sich dieses Mannes?

A: Ja.

F: Und diese eidesstattliche Erklärung - ich glaube, es war ein Verhör - -

VORSITZENDER: Herr Dodd, ich glaube, wir werden uns jetzt für 10 Minuten vertagen.

(woraufhin sich das Gericht zurückzieht)

MR! DODD: Herr Zeuge, ich habe über den Mann Oeser Sie gefragt, bevor die Vertagung kam - - O e s e r ; Sie erinnern sich an ihn, es war einer von Ihren Angestellten der Frankfurter Zeitung.

A: Er war Leiter des Berliner Wirtschaftsburos der Frankfurter Zeitung, es war ein sehr angesehener Journalist.

F: Ja, wissen Sie nicht, dass wir einen Fragebogen, eine eidesstattliche Erklärung von ihm haben, welche Sie dem Gericht

unterbreiten; es ist in Ihrem Dokumentenbuch.

A: Er hat sich freiwillig erboten dazu.

F: Gut, ich frage Sie nicht, ob er es tat oder nicht, ich wollte nur feststellen, dass Sie davon wissen, dass er dies tat.

A: Ja.

F: In diesem Affidavit behauptet Oeser, dass Sie in Wirklichkeit ganz anständig über die Juden in dieser Zeitung berichteten stimmt das? War das nicht der Sinn, dass Sie die Juden vor der Entlassung bewahrt haben und demgemäss stellten Sie sie unter den Ausnahmezustand, welcher in diesem Erlass vorgesehen war?

A: Ja.

F: Gut.

A: Ich habe eine ganze Reihe von Redakteuren unter die Ausnahmebestimmungen fallen lassen.

F: Jawohl, ich möchte Sie nur eines fragen. War da wirklich kein anderer Grund vorhanden, ausser Ihrer anständigen Haltung den Juden gegenüber, für Ihr Benehmen im Hinblick auf diese Zeitung?

A: Nein.

F: Gut, nun einen Moment.

A: Ich kannte diese Leute nicht persönlich.

F: Einen Augenblick; ich will nicht sagen, dass Sie diese Leute persönlich kannten, aber ich behaupte, dass da noch ein anderer Grund vorhanden war, ausser Ihrem Gefühl des Anstandes für die Juden, den Sie aber dem Gericht gegenüber verschweigen?

A: Bei den Redakteuren der Frankfurter Zeitung?

F: Jawohl.

F: Ist es nicht eine Tatsache, dass Sie und wahrscheinlich Hitler , und sicherlich Goebbels, und einige der anderen höheren Führer der Partei, beschlossen hatten, dass diese Zeitung dem status quo erhalten bleiben sollte wegen ihres grossen Einflusse im Ausland; stimmt das?

A: Das war damals noch nicht der Fall, das kam erst später. Das kam erst zu der Zeit, als der Führer verlangte, dass fast al

H0342 – 0065

führenden Tageszeitungen entweder in den Besitz der Partei übergingen, oder aber mit Parteizeitungen verschmolzen wurden. Da ist es mir gelungen, die Frankfurter Zeitung von diesem Entschluss zu retten und die Frankfurter Zeitung hat damals noch lange bestanden. Das war viel später, Jahre später. Tatsache war, dass der wirkliche Grund darin bestand, den jüdischen Verlegern der Frankfurter Zeitung zu helfen.

F: Gut.

A: Es war nur ein rein humaner Grund.

F: Ich wollte nur Ihre Antwort, weil ich über diese Sache noch mehr mit Ihnen sprechen möchte. Verstehe ich richtig, dass Sie ableugnen, dass es Ihre feste Absicht war, den status quo der Frankfurter Zeitung beizubehalten wegen ihres Auslandseinflusses?

A: Nein, es war durchaus meine Meinung, dass die Frankfurter Zeitung beibehalten werden soll.

F: Also war es aus den Gründen, die ich behauptet habe, weil nämlich diese Leute im Auslande und in der Finanzwelt bekannt waren, und Sie den nutzbringenden Einfluss dieser Zeitung im Auslande nicht schädigen wollten.
Das behaupte ich, und das war auch der Grund, warum Sie die Juden nicht entlassen haben und nicht, weil Sie etwa Mitleid mit den Juden hatte.

A: Nein, in diesem Falle nicht, es war nicht so.

H0342 – 0066

A : Das mag sein, aber ich kenne erstens mal den Brief nicht, und zweitens bin ich nicht sofort zum Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft ernannt worden, sondern erst im weiteren Verlaufe des Jahres 1938, und auch erst laengere Zeit, nachdem ich schon Wirtschaftsminister war, und als ich Lammers darnach fragte, warum ich erst so spaet ernannt werde zum Bevollmaechtigten fuer die Wirtschaft, erklaerte mir Lammers, es muesste eine Klaerung meines Verhaeltnisses zum Beauftragten des Vierjahresplanes geschaffen werden. Das ist der Grund gewesen, warum ich erst Monate spaeter zum Beauftragten fuer die Wirtschaft ernannt wurde, weil es klargestellt werden musste, dass Goering die entscheidenden Befugnisse fuer die Kriegswirtschaft hat --

F : Sie brauchen nicht in soviele Einzelheiten gehen.

A : Ich kenne den Brief nicht, ich habe mit von Blomberg niemals ueber die Angelegenheit gesprochen.

F : Gut. Sie erinnern sich vielleicht doch, dass das OKW, nachdem Sie angestellt waren, einige Einsprueche erhoben hatte ueber Umfang der Autoritaet, die Sie hatten, und erinnern Sie sich an dieses ?

A : Nein.

F : Nun, ich habe hier ein anderes Dokument in meiner Hand, EC-27o, und ersuche, dass es Ihnen gezeigt wird; es wird USA-Beweisstueck 84o. Ein Brief vom 27. April 1938. Sie werden im ersten Absatz dieses Briefes vom Oberkommando sehen, dass die Auslegungen des Erlasses des Fuehrers vom 4. Februar 1938 nicht entsprechend den Notwendigkeiten der totalen Kriegsfuehrung sind.

Und dann sehen Sie den dritten Absatz auf dieser ersten Seite an und Sie sehen, dass andere Einsprueche ueber Ihre Autoritaet gemacht werden. Es scheint, dass das OKW die Ansicht gehabt hatte, dass Sie zu dieser Zeit zuviel zu tun hatten, mit dem, was das Kriegspotential betrifft; und schliesslich auf der letzten Seite, Herr Zeuge, wollen Sie sich diesen Absatz ansehen ; Sie werden diesen Absatz auf der letzten Seite der englischen Ausgabe sehen. Da ist dieser Satz.

H0342 - 0067

" Die dem Generalbevollmaechtigten unterstehende Kriegswirtschaft stellt die wehrwirtschaftliche Etappe der Ruestungsindustrie dar. "

Und ich wuensche, dass Sie sich sorgfaeltig dieses Wort " Ruestungsindustrie " merken.

Dann geht es weiter : " Versagt diese Etappe, so ist die Schlagkraft der Wehrmacht in Frage gestellt. "

Ich ersuche, dass Sie das Wort " Ruestungsindustrie " sich besonders merken, denn Sie haben heute frueh gesagt, dass Sie nichts mit der Ruestungsindustrie zu tun hatten ; aber offenbar dachte das OKW anders, besonders am 27. April 1938, nicht wahr ?

A : Ich kenne auch diesen Brief nicht ; ich kenne auch die Einstellung des OKW nicht, ich weiss aber folgendes, dass das OKW, insbesondere der hier mitangeklagte Feldmarschall Keitel, damals die Meinung vertraten, ich sollte als Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft in die Befugnisse von Schacht treten. Es hat aber eine Unterredung damals zwischen dem Reichsmarschall und dem Feldmarschall Keitel stattgefunden. Das hat mir Keitel bestaetigt, indem der Reichsmarschall klipp und klar erklaert hat, die Kriegswirtschaft bekommt der Funk nicht, und ich habe von all diesen Dingen, dass kann ich hier ehrlich und offen sagen, nicht die geringste Ahnung gehabt. Ich wuesste nicht, dass das OKW mir eine solche Stellung zugedacht hat, ich habe diese Funktion noch nie ausgeuebt, denn die Ruestungswirtschaft lag niemals beim Wirtschaftsministerium. Ich erinnere mich an die Dinge nicht.

F : Gut, das ist korrekt. Ich nehme an, dass Sie zu gleicher Zeit, wie Sie dem Gericht erzaehlt haben, sich auch klar waren, dass Sie Untergeordneter zu Goering waren, in einer sehr niedrigen Stellung in all diesen Dingen, nicht wahr ?

A : Ja.

F : Nun, moechten Sie ein anderes Dokument ansehen, EC-271, das USA-Beweisstueck 481 wird. Dieses Dokument besteht aus einem

H0342 – 0068

Brief, den Sie an Lammers geschrieben haben ; ein Brief, den Lammers an den Chef des OKW, Feldmarschall Keitel geschrieben hat, und einen oder zwei andere Briefe, die nichts mit dieser heutigen Untersuchung zu tun haben, und zwar am 31. Maerz 1938 geschrieben.

Ich moechte, dass Sie sich der zweiten Seite zuwenden, denn das ist dort, wo sich Ihr Brief befindet. Die erste Seite ist nur ein Brief, der uebermittelt wurde von Lammers an Keitel. Sehe wir uns die zweite Seite an ; haben Sie sie gefunden ?

A : Ja.

F : Ich werde nicht den ganzen Brief zitieren, nur den zweiten Absatz. Sie haben an Lammers geschrieben und Sie sagten unter anderem :

" Anlaesslich der Reise nach Oesterreich habe ich mich mit Generalfeldmarschall Goering und andere auch ueber die Stellung des Generalbevollmaechtigten fuer die Kriegswirtschaft besprochen. Ich habe hierbei zum Ausdruck gebracht, dass entgegen der mir bekannten vom OKH vertretenen Auffassung, durch den Erlass ueber die Fuehrung der Wehrmacht vom 4. Februar 1938 eine Aenderung in der Stellung des Generalbevollmaechtigten fuer die Kriegswirtschaft nicht eingetreten sei. "

Und dann sagen Sie weiter, dass neben der Tatsache, dass sich der Erlass auf das OKW bezog, usw. und , was der letzte Absatz dieses Erlasses erklaert, dass Sie abhaengig waren vom Befehl des Fuehrers.

Dann sagen Sie weiter : " Zu den Weisungen des Fuehrers gehoer aber auch die Entschliessung der Reichsregierung vom 21. Mai 1935 nach der der Generalbevollmaechtigte fuer die Kriegswirtschaft fuer sein Aufgabengebiet als Oberste Reichsbehoerde dem Fuehrer unmittelbar unterstellt ist.

Herr Generalfeldmarschall Goering hat mir versichert, dass meine vorstehend wiedergegebene Auffassung in jeder Hinsicht zutreffend sei und auch der Ansicht des Fuehrers entspraeche. Ich habe ihn daraufhin gebeten, mir dies kurz schriftlich zu bestaetigen. Herr Generalfeldmarschall Goering hat mir zugesagt,

H0342-0069

dass er dieser Bitte entsprechen werde. "

Haben Sie diesen Brief an Lammers geschrieben am 31. Maerz 1938 ? Ja, oder nein ?

A : Sicher.

F : Gut. Sie versuchten,die oberste Autoritaet zu erhalten und nur dem Fuehrer unterstellt zu sein, und das ist, was dieser eine Satz bedeutet, nicht wahr, und das ist, worauf sich Dokument LC-27o bezog, und das ist Ihre Antwort auf die Behauptung des OKW, dass Sie zuviel Macht hatten. Das sieht nicht aus, als ob Sie nur ein kleiner Mann waren, Herr Zeuge, nicht wahr ?

A : Doch, ich habe die Stellung erklaeren wollen, sie ist aber spaeter nicht in diesem Sinne geklaert worden, sondern in dem Sinne, dass ich an die Weisungen des Reichsmarschalls gebunden war. Diesen Brief habe ich geschrieben, um zu versuchen, eine Klaerung herbeizufuehren ; ich erinnere mich im einzelnen nicht mehr an diesen Brief.

F : Sie haben Lammers gesagt --

VORSITZENDER : Mr. Dodd, ist der Brief, den Sie gerade vorgelesen haben, nicht der Brief, auf welchen Bezug genommen wurde in dem Brief, den Sie ihm gerade vorgelesen haben ?

MR. DODD : Ja, es ist so, mein Herr

Verhoer durch MR. DODD:

F : Mein Gesichtspunkt ist, Herr Zeuge, Sie haben dem Gericht erzaehlt, dass Sie nur fuer Goering arbeiteten, dass Sie ueber diese Dinge nicht viel zu sagen hatten, aber jetzt finden wir, dass Sie einen Brief geschrieben haben, in dem Sie versuchten, Ihre hoechste Autoritaet geltend zu machen und hier sagen Sie : " Es ist eine Tatsache, dass ich nur Hitler unterstellt bin ", und Sie begreifen, diese zwei Dinge stimmen nicht ueberein; und was wollen Sie dazu sagen ?

A : Ja, tatsaechlich ist mir das nicht gelungen.

F : Nun, wir werden sehen, ob es Innen gelungen ist. Sehen Sie sich die naechste Seite an, und Sie sehen einen anderen Brief und zwar von Lammers geschrieben am 6. April 1938. Dieser Brief

H0342 – 0070

ist an Sie gerichtet und er sagt Ihnen, dass Sie Recht hatten und dass Sie Ihre Stellung ganz richtig verstanden haben, dass Sie in Wirklichkeit nur dem Fuehrer unterstanden und dass er eine Abschrift Ihres Briefes sowohl an Feldmarschall Goering, als auch an den Chef des OKW gesandt hat. Was sagen Sie jetzt dazu ?

H0342-0071

A : Ich ersehe hieraus, dass ich damals versucht habe diese Stellung zu erreichen. In Wirklichkeit habe ich sie nicht erreicht denn der Reichsmarschall hat selbst erklaert, dass er mir die Kriegswirtschaft nie geben wird. Die Formalvollmachten als Bevollmaechtigter fuer die Wirtschaft sind ja dann auf den Vierjahresplan spaeter uebergegangen, nach einem Erlass des Fuehrers vom Dezember 1939.

F : Ist das Ihre Antwort. Sie haben auch berichtet, dass Sie nicht viel mit der Planung von Angriffskriegen zu tun hatten und dass Ihre Taetigkeit sich auf die Kontrolle der gesamten Wirtschaft erstreckt hat. In Wirklichkeit haben Sie am 28. Januar 1939, also einen Monat vor dem Einfall nach Polen in Betracht gezogen die Verwendung von Kriegsgefangenen. Stimmt das ? Sind Sie sicher darueber. Ich ersuche, dass Ihnen ein anderes Dokument gezeigt wird und zwar EC-488, das USA Beweisstueck 842 wird. Das ist ein nicht unterschriebener Brief, ein erbeutetes Dokument von Ihrem Archiv. Dieser Brief nebenbei bemerkt wurde unter der Unterschrift Ihres Vertreters uebermittelt. Dieser Brief hat das Datum des 28/ Januar 1939, befasst sich mit Arbeitseinsatz von [illegible] Kriegsgefangenen und dann weiter :

" Nach dem Reichsverteidigungsgesetz vom 4. September 1938 obliegt mir die Leitung der wirtschaftlichen Vorbereitungen fuer die Reichsverteidung ausschliesslich der Ruestungsindustrie -- "

und faehrt dann fort " fuer den Arbeitseinsatz usw. "

Aber worauf ich Ihre Aufmerksamkeit ganz besonders lenke ist im zweiten Absatz enthalten, wo es heisst ,

" dass der Mangel an Arbeitern durch Kriegsgefangene, soweit als moeglich wettgemacht werden muss. Die dazu noetigen Vorbereitungen muessen in Zusammenarbeit mit dem OKW und GBW getroffen werden. Die zu meinem Geschaeftsbereich gehoerenden Ressorts werde ich dabei heranziehen."

Erinnern Sie sich noch dieser Mitteilung ?

A : Nein, ich habe diesen Brief nie gesehen und nie unterschrieben. Aber dieser Brief gehoert zu den Angelegenheiten,

H0342 – 0072

ueber die ich heute Vormittag schon gesprochen habe. Das Buero des Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft, im uebrigen wie ich sehe, ist " Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft " ausgestrichen, hat sich natuerlich mit diesen Dingen beschaeftigt. Ich persoenlich habe mich damit nicht beschaeftigt.

F : Nun das war doch Ihr Ministerium, das diesen Vorschlag gemacht hat und es war Ihr Assistent, der diesen Brief uebermittelt hat. Stimmt das ?

A : Nein - -

F : Also Sie haben doch rechts oben auf den Brief " Der Generalbevollmaechtigte fuer die Wirtschaft " und dann kommt die Adresse und das Datum.

A : Ja, er war unterschrieben " Auf Befehl von Sarnow "

F : Richtig, und er war doch Ihr Hauptstellvertreter ?

A : Nein.

F : Oder was war er ?

A : Er war nur im Buero des Generalbevollmaechtigten taetig. Mein Hauptstellvertreter, der diese Dinge leitete war Dr. Posse. Ich habe mich mit diesen Dingen ueberhaupt nicht beschaeftigt.

F : Es erweckt meine Aufmerksamkeit, wenn Sie Posse erwaehnen und im 2. Absatz Ihres Briefes sehen Sie seinen Namen. " Ich beziehe mich auf die Ausfuehrungen von General Keitel, des Staatssekretaers Dr. Posse ". Auf jeden Fall, wichtige Leute in Ihrem Ministerium haben mit dieser Sache zu tun gehabt.

H0342-0073

A: Sicher.

F: Gut, ich erinnere Sie an Dokument Nr. 3562 PS, das ich als USA Beweisstueck Nr. 662 vorlege. Es ist das Protokoll einer Zusammenkunft, das von Dr. Posse zusammengestellt wurde, ihrem Stellvertreter und in dem er ein Memorandum in Beziehung zur Finanzierung des Krieges besprach und Sie haben heute morgen darueber gesprochen und Sie sagen, trotz der Tatsache, dass am Kopf des Briefes steht zur Kenntnisnahme"Des Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft", sie haben diesen Brief nicht gesehen.

A: Ich haette ihn abzeichnen muessen, wenn ich ihn gesehen haet

F: Jawohl, ob das so ist oder nicht, beschaeftigt uns jetzt nicht. Ich moechte nur, dass Sie zuhoeren, da ich einen Auszug verlesen werde. Sie koennen das Dokument auch selbst sehen, wenn Sie wollen. Sie erinnern sich doch, dass in diesem Dokument auf eines Ihrer Memorandum Bezug genommen wird. Erinnern Sie sich noch, dass Posse sagte, " denn es wurde darauf hingewiesen, dass der Generalbevollmaechtigte fuer die Wirtschaft hauptsaechlich interessiert ist, in die Gesetzgebung fuer die Kriegsfinanzierung die Idee einzufuehren," naemlich Kriegskosten vermitteln solcher Einkuenfte zu finanzieren, die wohl nach dem Kriege zu erwarten seien.

A: Jawohl.

F: Sehr gut, das ist alles, was ich darueber fragen wollte.

Wir koennen uns gleich weiterwenden. Ich beziehe mich wieder auf Ihre eigene direkte Aussage am Gericht, dass Sie mit dem Krieg in Polen wenig zu tun gehabt haben, dass Sie nichts wussten, bis glaube ich August, dass es selbst eine Moeglichkeit von Krieg mit Polen gaebe, dass Sie dachten im August, dass alles diplomatisch verlaufen wuerde.

A: Aller Wahrscheinlichkeit nach nicht, Die Kriegsgefahr war ja monatelang latent. Aber, dass der Krieg kurz bevor stand konnt man schon im August erkennen.

F: Aber Sie machten wirtschaftliche Plaene fuer den Krieg mit Polen, laenger als ein Jahr vorher schon. Sie koennen das mit ja oder nein beantworten.

H0342 – 0074

A : Das weiss ich nicht.

F: Sie meinen, Sie wissen nicht, ob Sie Vorbereitungen getroffen haben, was meinen Sie damit?

A: Ich erinnere mich nicht.

F: Gut, ich werde Ihnen helfen. Ich lege jetzt eine Dokument, 3324-PS vor, das schon als Beweismittel vorgelegt wurde. Es ist eine Rede, die Sie gehalten haben. Erinnern Sie sich, dass Sie in dieser Rede gesagt haben: "Sie planten insgeheim und zwar schon ueber ein Jahr fuer den Krieg gegen Polen -- "
Erinnern Sie sich daran? Wollen Sie gerne das Dokument sehen?

A: Bitte.

F: Obgleich alle Wirtschafts- und Finanz-departements vollauf beschaeftigt waren mit den Forderungen des Vierjahresplans unter der Fuehrerschaft des Generalfeldmarschalls Hermann Goering, wurden die wirtschaftlichen Vorbereitungen fuer den Krieg Deutschlands ins geheim auch getroffen." Erinneren Sie sich? Und in einem anderen Abschnitt sagen Sie, " wohl ueber ein Jahr --" und Sie fahren fort zu sagen, dass dies unter Ihrer Aufsicht geschah.

A: Jawohl, das ist die Taetigkeit des Generalbevollmaechtigten fuer die Zivil-Wirtschaft, das habe ich auch neulich schon ausgefuehr

F: Gut, gut. Das ist alles, was ich wissen wollte

A: (unterbrechend) Von Polen sprach ich nicht.

F: Es war ja der einzige Krieg, der im Gange war. Es war Oktobe 1939.

A: Die Vorbereitungen waren ja nicht auf einen bestimmten Krieg abgestellt, es war - - -

F: Gut.

A: Es war eine allgemeine Vorbereitung.

F: Tatsaechlich haben Sie und Goering einen gewissen Streit um die Macht gehabt, stimmt das nicht? War die Tuer Goering's eine der Tuere, die Sie versuchten hinein zu kommen? Sie koennen die Antwort einfach machen. Sie sagten, Sie versuchten verschiedene Tueren hineinzukommen, und konnten nicht. War Goering's eine der Tuere?

H0342 – 0075

A: Ich glaube nicht, dass ich so anspruchsvoll war, dass ich auf den Posten Goerings kommen wollte, das lag mir fern.

F: Gut, ich sage nicht, dass Sie seine Stellung wohl aber ein Teil seiner Macht wollten. Sie erinnern sich nicht? Vielleicht ist dies die Loesung.

A: Nein.

F: Gut. Posse wurde befragt und zwar hier durch Vertreter der amerikanischen Delegation und ich lege als Beweis Dokument Nummer 3894-PS vor. Es wurde ueber folgendes befragt:

F: Welcher Natur waren die Konflikte zwischen dem Generalbevollmaechtigten fuer die Wirtschaft und dem Vierjahresplan.

A: Der Kampf um die Macht.

F: War es der Kampf um die Macht zwischen Funk und Goering?

A: Der Kampf um die Macht zwischen Funk und Goering, zwischen Funk und dem Landwirtschaftsministerium und dem Verkehrsministerium.

F: Wie wurde der Streit endgueltig bereinigt?

A: Niemals, der Kampf ging immer unter der Oberflaeche weiter.

F: Hat Funk, der sehr bedeutende Vollmachten als Wirtschaftsminister und spaeter als Reichsbankpraesident und Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft hatte, jemals diese Vollmachten tatsaechlich ausgeuebt?

A: Ja, aber Goerings Vollmachten waren staerker.

F: Nichtsdestoweniger hat Funk bedeutende Vollmachten ausgeuebt?

A: Ja, als Praesident der Reichsbank, Wirtschaftsminister und Generalbevollmaechtigter fuer die Wirtschaft."

Posse war doch auch Ihr Stellvertreter?

A: Posse hatte keinerlei stellvertretende Vollmachten. Mein Stellvertreter war Landfried, und in der Reichsbank Pohl. Die kennen die Dinge besser als Herr Posse.

F: Nun gut.

A: Die sollten mehr darueber wissen als Posse.

F: Gut, Sie glauben nicht, dass er Sie mit bewusster Absicht Ihrer Teilnahme an diesem Machtkampf bezichtigte.

A: Nein.

H0342-0076

MR DODD: Ich lege Beweisstueck USA 843 vor, das bis jetzt noch nicht vorgelegt wurde. Nun, Herr Zeuge moechte ich Sie fragen darueber, wann Sie zum ersten Mal von dem Angriff aus Russland hoerten. Ich glaube, dass Sie dem Gericht mitgeteilt haben, dass Sie ungefaehr im Mai davon hoerten, stimmt das? oder war es im Juni?

A: Als Rosenberg beauftragt wurde?

F: Ja, das moechten wir gerne wissen. Sie wussten also, als Rosenberg im April 1941 ernannt wurde, dass ein Angriffskrieg gegen Russland durchgefuehrt wurde. Heute fruch glaube ich, haben Sie dies nicht aufgefuehrt. Stimmt das, Herr Funk?

A: Ja, ich sagte, dass als Begruendung dieses Auftrages uns mitgeteilt wurde, dass der Fuehrer einen Krieg mit Russland fuer wahrscheinlich halte.

F: Ja, aber Sie wissen doch, was Sie heute frueh, dem Gericht mitgeteilt haben. Sie sagten, dass Lammers Ihnen Rosenbergs Ernennung mitteilte, und zwar auf Grund Ihrer Interesse an einer Besserung der Handelsbeziehungen zu Russ land, das war die Antwort, die Sie heute Fruch gegeben haben. Stimmt das?

A: Das hat auch Lammers hier gesagt.

F: Es ist mir ganz gleich, was Lammers sagte, ich frage Sie jetzt, was es war, dass Ihnen von Lammers mitgeteilt wurde, dass Sie im Zusammenarbeit mit Rosenberg, fuer die Besetzung der Gebiete, nachdem der Angriff begonnen hatte, bereit sein sollten. Sie koennen das ganz einfach beantworten.

A: Nein.

F: Nun wir werden ja sehen. Sie wissen, bei einem anderen Anlass haben Sie eine andere Antwort gegeben. Nebenbei bemerkt, erinnern Sie sich, dass Sie bei einem Verhoer gesagt haben, dass Sie von dem bevorstehenden Angriff auf Russland zuerst von Hess gehoert haben. Erinnern Sie sich auch, dass Sie einmal die Antwort gaben, dies haetten Sie zuerst von ihm gehoert.

A: Nein.

F: Wir werden spaeter noch darueber sprechen. Wir wollen vorlaeufig noch bei Sache Rosenberg bleiben.

H0342 – 0077

Es ist dies Dokument 1031-PS und hat das Datum 28,. Mai 1941. Also ungefaehr einen Monat nach der Rosenberg-Ernennung. Es ist eine geheime Kommadosache, eine Notiz ueber die Zusammenkunft mit dem Reichminister Funk. Wissen Sie, worueber Sie damals sprachen? Ueber die Herstellung von Falschgeld fuer Gebrauch in Russland in der Ukraine und im Kaukasus.

A: Nein.

F: Sie erinnern sich nicht? Bitte sehen Sie sich doch dieses Dokument an, es ist Nummer 1031-PS, USA Beweisstueck 844. Sie erinnern sich vielleicht, dass Ihr Reichsbankdirektor Wilhelm sagte, es sollte nicht so erscheinen, als ob Sie Rubel-Noten faelschen wuerden zum Gebrauch in den besetzten Gebieten.

F: Rosenberg wohnte dieser Zusammenkunft bei. Es ist ein sehr kurzes Memorandum. Haben Sie es gelesen? Seite 4 des deutschen Textes, in der Mitte des zweiten Absatzes. Es beginnt: In der Ukraine und im Kaukausus jedoch wuerde es notwendig sein, die jetzige Wachrung in Rubel aufrecht au erhalten; usw. Sie sprachen ueber das Geld-Problem, ueber das Waehrungs-Problem in den Gebieten, die Sie zu besetzen erwarteten, und das war, wohl einen Monat vor dem Angriff und einen Monat nach der Ernennung Rosenbergs, nicht wahr? Koennen Sie sich eine Antwort geben?

A: Ich habe die Stelle noch nicht.

Jawohl, wenn diese Laender erobert worden waren, musste man sich mit diesen Fragen beschaeftigen.

F: Von meinem Gesichtspunkt aus ist es sicher, dass Sie zu diesem Zeitpunkt einen Angriff beabsichtigten, wenn Sie solche Vorkehrungen trafen, oder nicht?

A: Ich wusste nichts von einem Angriff, sondern nur von bervorstehender Kriegsgefahr.

F: Gut, gut. Sie koennen das auf Ihre Weise beantworten. Die Hauptsache ist, dass Sie davon sprachen Geld in der Ukraine und Kaukausus zu verwenden. Es ereignete sich einen Monat nach der Ernennung Rosenbergs.

H0342 - 0078

A: Ja.

F: Gut, gut. Noch einige Fragen: Ich moechte gerne dieses Verhoer zu Ende bringen, bevor das Gericht die Sitzung beschliesst. Wollen Sie irgend etwas sagen, oder wollen Sie sagen, dass Sie nicht wussten, dass Deutschland einen Angriff plante. Sie mussten doch gewusst haben, dass etwas sich im Osten ereignen sollte. Ich glaube Sie werden das zugeben.

A: Jawohl.

F: Gut. Wenden wir uns einer anderen Sache zu.

A: Seit der Ernennung Rosenbergs - ich habe das heute klar zum Ausdruck gebracht - wusste ich, dass ein Krieg mit Russland drohte.

F: Dann stimmen wir also ueberein. Wir wollen ein bisschen weitergehen. Ich habe heute frueh anders verstanden. Ich verstehe Sie jetzt, dass Sie es tatsaechlich wussten. Gehen wir weiter.

A: Heute morgen habe ich gesagt, dass mir mitgeteilt wurde, dass der Fuehrer mit einem Krieg gegen Russland rechnet. Ich bin mir nur noch nicht ueber dieses Dokument im Klaren, wer das aufgestellt hat.

F: Ich weiss es auch nicht, kann nur sagen, dass es unter anderen Dokumenten im Rosenberg-Archiv erbeutet wurde. Ich kann Ihnen auch nicht mehr hieruber sagen.

Ich glaube, wir koennen uns etwas anderem zuwenden, wenn Sie mir gestatten. Wir brauchen uns mit diesem Dokument nicht weiter beschaeftigen.

A: Ja, aber es ist insofern wichtig, als diese Dinge mit den Rubeln mir zugeschrieben werden.

F: Ich sage auch, dass es wichtig ist.

A: Hier steht, ich haette gesagt, dass mit der Einfuehrung von Reichskredit-Kassenscheinen und dem Umrechnungskurs sehr erhebliche Gefahren verbunden seien. Ich war sehr bedenklich hinsichtlich der Vorschlaege die hier gemacht wurden.

F: Ja, gut. Ich bin froh, dass ich Ihre Bemerkungen hierüber erhalte. Ich moechte jetzt ein bisschen mit Ihnen ueber die Zeit sprechen, als Sie die Reichsbank uebernommen haben. Posse war Ihr

H0342 - 0079

Hauptstellvertreter im Ihrem Wirtschaftsministerium, oder war er es nicht?

A: Landfried war mein Hauptstellvertreter.

F: Nebenbei bemerkt,, er war auch in derselben Zusammenkunft, ueber die wir eben gesprochen haben. Wer war Ihr Haupthelfer bei der Reichsbank?

A: Puhl.

F: Wurde er nicht von den Tagen Schacht's uebernommen?

A: Ja.

F: Haben Sie ihn ueberredet, zu bleiben? Haben Sie ihn nicht gebeten, dass er bleibt?

A: Nein.

F: Sie sagten, dass Sie Ihr eigenes Personal gewaehlt haben. Das haben Sie dem Gerichtshof heute vormittag gesagt.

A: Nein, Puhl verblieb, Kretschmann und Wilhelm blieben auch.

H0342 - 0080

F. Ich interessiere mich nicht fuer Ihre Personalliste; ich moechte nur wissen, - und will Ihnen den Grund hierfuer sagen: War Puhl nicht ein zuverlaessiger Bankmann? Er war in internationalen Bankkreisen wohl bekannt und einmal wurde ihm sogar eine Stellung in der Chase-Bank in New York angeboten. Wussten Sie das?

A. Nein, das wusste ich nicht.

F. Aber es ist wahr. Auf jeden Fall war er ein ziemlich bedeutender Mann. War er denn nicht auch zuverlaessig?

A. Ja/

F. Haben Sie ihn denn nicht als Zeugen gebeten?

A. Ja.

F. Sie haben ihn deswegen hier gewollt, weil Sie ihm Glauben schenken?

A. Ja.

F. Ich moechte jetzt etwas ueber das Gold der Reichsbank sprechen. Wieviel Gold hatte die Reichsbank Ende 1941 zur Verfuegung? Ungefaehr. Sie brauchen nicht viel darueber sprechen; nur ungefaehr. Ich bin nicht zu sehr daran interessiert. Ich moechte nur feststellen, ob Ihnen Im Jahre 1941 Gold fehlte.

A. Der Goldbestand, als ich ihn uebernahm, belief sich auf etwa eine halbe Milliarde. Das war, als ich die Stellung von Schacht bekam.

F. Gut.

A. Er wurde, soviel ich weiss, betraechtlich nur durch das belgische Gold vermehrt.

F. Tatsaechlich, es ist interessant, dies zu hoeren; aber ich hatte ein anderes Ziel im Auge. Woher haben Sie Gold erlangt, nachdem Sie Ihre Stellung uebernommen haben? Woher haben Sie neue Goldreserven erhalten?

A. Nur durch Umwandlung von Devisen in Gold. Dann haben wir Zuwachs erhalten, nachdem ich meine Stellung uebernommen hatte, durch das Gold der Tschechischen Nationalbank. Da muss

H0342-0081

etwas Gold herueber gekommen sein; und dann hauptsaechlich durch das belgische Gold.

F. Gut. Natuerlich war das Gold fuer Sie sehr wichtig als Zahlungsmittel fuer Devisen. Sie mussten ueberall mit Gold bezahlen, 1941 und 1942; stimmt das?

A. Es war sehr schwer, mit Gold zu bezahlen.

F. Ich weiss das.

A. Weil die Laender, mit denen wir ueberhaupt noch Verkehr hatten, das Gold-Embargo einfuehrten. Schweden weigerte sich, Gold zu nehmen. Nur in der Schweiz haben wir noch grosse Geschaefte durch Umwandlung von Mark in Devisen machen koennen.

F. Ich glaube, Sie haben festgestellt, dass Sie Gold noetig hatten in 1942 und 1943 als auslaendisches Zahlungsmittel. Das wollte ich wissen. Wann haben Sie die Geschaefte mit der SS begonnen, Herr Funk?

A. Geschaefte mit der SS? habe ich nie gemacht mit der SS.

F. Sind Sie dessen sicher ? Ich moechte dass Sie dieses sehr ernst nehmen. Wir sind jetzt am Ende Ihres Verhoers und es ist sehr wichtig fuer Sie. Ich frage Sie noch einmal: Wann begannen die das Geschaeft mit der SS?

A. Ich habe niemals Geschaefte mit der SS begonnen. Ich kann nur dasselbe sagen, was ich im Vorverhoer schon ausgefuehrt hatte, dass eines Tages Herr Puhl mir mitteilte, es waere eine Einlieferung von der SS gekommen. Ich habe das zunaechst so aufgefasst, dass es ein regulaeres Depot war, ein Depot, das verschlossen blieb und das uns weiter nicht interessierte; aber dann hat Herr Puhl spaeter gesagt, dass diese Ablieferungen der SS von der Reichsbank verwendet werden sollten und ich habe angenommen, dass es sich dabei um Ablieferung von Goldmuenzen und Devisen handelte; in der Hauptsache von Goldmuenzen, wie sie auch jeder andere deutsche Mensch abgeben musste. Und so dachte ich, dass sie den Insassen von KZ abgenommen und in die Reichsbank eingeliefert wurden. Es wurden auch Wertgegenstaende den KZ-Lagerinsassen abge

H0342 – 0082

nommen und gingen nicht an die Reichsbank, sondern, wie ich mehrfach gehoert habe, an den Reichsfinanzminister.

F. Einen Augenblick. Haben Sie die Gewohnheit gehabt, Goldzaehne fuer die Reichsbank deponiert zu erhalten?

A. Nein.

F. Aber Sie bekamen sie von der SS, nicht wahr?

A. Das weiss ich nicht.

F. Sie wissen es nicht.

Verzeihen Sie, hohes Gericht, ich haette noch einen kurzen Film zu zeigen; ich denke, ich koennte ihn zeigen, bevor wir uns vertagen und ich moechte ihn gerne dem Zeugen vorfuehren, bevor wir ihn weiter befragen ueber die Goldgeschaefte der Reichsbank. Es ist ein Film, der von alliierten Kraeften aufgenommen wurde, als sie die Reichsbank betraten und er wird Goldzaehne, Bruecken usw. in ihren Gewoelben zeigen.

A. Ich weiss davon nichts.

F. Ich denke, dass ich vielleicht, bevor ich den Film zeige dass ich in der Zwischenzeit Ihnen ein Affidavit von Herrn Puhl vorlese, von dem Sievor einigen Minuten gesagt haben, dass er ein glaubwuerdiger Mann ist, ein gut unterrichtet Mann, den Sie als Zeugen gerufen haben. Diese eidesstattliche Erklaerung ist vom 3. Mai 1946.

DR. SAUTER: Herr Praesident, ich protestiere gegen die Verlesung dieses Affidavits des Herrn Puhl. Diese Affidavit ist wahrscheinlich - ich weiss es nicht - hier in Nuernberg aufgenommen worden. Wir kennen seinen Inhalt nicht. Die Staatsanwaltschaft ueberrascht uns mit einem Affidavit, das wir nicht kennen, sie wirft uns innerhalb 10 Minuten ein Dutzend von Urkunden an den Kopf, von denen sie behauptet, es seien ganz kurze Urkunden, waehrend zum Beispiel ein einziges Protokoll dabei ist - Nr. 1 - mit 12 Seiten. Es ist uns ganz unmoeglich, im Laufe dieses Eiltempos, mit dem das Verhoer hier durchgefuehrt wird, diese Erklaerungen und diesen Urkunden ueberhaupt zu folgen. Ich muss daher gegen die Vorlage eines

H0342 - 0083

derartigen Affidavits Protest einlegen.

MR. DODD: Gut; Herr Praesident, dieses Affidavit wurde in Baden-Baden, Deutschland, am 3. Mai aufgenommen. Herr Praesident, wir haben lange Zeit versucht, diesen Fall zusammenzustellen und sind nun endlich fertig geworden. Gewiss, wir haben es Dr. Sauter nicht unterbreitet, weil wir es eigens zu dem eben auseinanderzusetzenden Zwecken vorbringen wollten was jetzt geschieht. Es ist eine eidesstattliche Erklaerung seines Stellvertreters Puhl, den er als Zeugen aufgerufen hatte und von dem er einen Fragebogen erwartet. Es handelt sich um einen sehr wichtigen Teil seines Falles.

Ich moechte sagen, dass, wenn es uns gestattet ist, es zu verwenden Dr. Sauter darueber nachher Fragen stellen kann und er hat den ganzen Abend vor sich, um es zu studieren wenn er es durchsehen will.

VORSITZENDER: Herr Dodd, wollen Sie jetzt das Kreuzverhoer des Zeugen ueber dieses Dokument durchfuehren?

MR. DODD: Ja, ich moechte Fragen darueber stellen, zwei,oder drei Fragen, die die Basis fuer das Kreuzverhoer bilden um ihn zur Verantwortung zu ziehen ueber Erklaerungen, die er hier ueber Gold gegeben hat.

VORSITZENDER: Sie koennen es tun, aber Dr. Sauter muss natuerlich imstande sein, wenn er es wuenscht, nacher das Gesuch zu machen, dass der Zeuge das Affidavit zu pruefen und er kann seinen Kommandar darueber geben.

MR. DODD: Gut,meine Herren.

DR. SAUTER:Herr Praesident, darf ich eine Feststellung machen? Heute ist ein Fall vorgekommen, wo die Staatsanwaltschaft dagegen Einspruch einlegte, dass eine Urkunde verwendet wurde, die sie vorher in Englisch nicht bekommen hat und der Vertreter der Anklage sagt mir, er kann nicht Deutsch; infolgedessen muesse die Urkunde zunaechst uebersetzt werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass der Verteidigung das recht ist, was der Staatsanwaltschaft billig ist.

Wenn wir eine englische Urkunde nach der anderen an den Kopf geworfen bekommen, ohne dass ich eine Ahnung habe, was drinnen steht, dann kann ich dazu nicht Stellung nehmen. Die Schwierigkeiten werden

H0342-0084

ja immer groesser. Ich habe zum Beispiel eine Urkunde bekommen, die 12 Seiten lang ist. Ein Satz aus einer solchen Urkunde wird verlesen. Dem Angeklagten wird keine Zeit gelassen, auch nur einen weiteren Absatz zu lesen. Ich selber habe auch keine Zeit. Und trotzdem soll der Angeklagte sich zu dem einzigen Satz, der aus dem Zusammenhang gerissen ist, sofort erklaeren, ohne dass er die Moeglichkeit hat, die Urkunde zu pruefen. Das ist meines Erachtens nicht zu verlangen.

VORSITZENDER: Dr. Sauter, Sie haben eine deutsche Uebersetzung auf beinahe jedem Dokument, so nicht von jedem. Sie haben auch jede Gelegenheit, die Dokumente zu pruefen, wenn sie ins Deutsche uebersetzt sind. Und diese Gelegenheit wird Ihnen noch weiter gegeben werden.

Aber wenn Dokumente hier Kreuzverhoer mit verwendet werden, die nicht in deutscher Sprache sind, dann werden sie ins Deutsche uebersetzt werden und Sie koennen sie dann haben. Aber waehrend der Zeuge im Kreuzverhoer ist, koennen die Dokumente gebraucht werden. Wenn Sie ihn neuerlich ueber dieses Dokument, wenn Sie es im deutschen haben verhoeren wollen, haben Sie das Recht dazu.

Dr. SAUTER: Her Praesident, die Verteidiger haben doch auch ein Interesse, die Verhandlungen zu foerdern und nicht zu verzoegern. Mir ist jedoch nichts damit gedient, wenn in 8 oder 14 Tagen diese Urkunden, die uns jetzt auf den Tisch geworfen werden, lediglich nachgeprueft werden und wenn ich in 8 oder 14 Tagen an Sie, Herr Praesident, herantreten muss mit der Bitte, dass ich den Zeugen nochmals verhoeren darf. Wir sind froh, wenn wir die Vernehmung des Zeugen hinter uns haben.

Aber so, wie es Mr. Dodd macht, koennen wir einfach nicht folgen. Ich kann nicht folgen und der Angeklagte auch nicht, und man kann dem Angeklagten nicht zumuten, auf einen einzigen Satz, aus dem Zusammenhang gerissen, zu antworten, und hier eine Erklaerung abzugeben, wenn er nicht Gelegenheit hat, die Urkunde auf ihren Inhalt zu pruefen.

VORSITZENDER : Mr. Dodd ?

MR. DODD : Kann ich mit dem Verhoer ueber das Dokument fortsetzen ?

H0342 – 0085